

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

folwie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M 1 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning, verantwortlicher Redakteur: Fritz Backhaus, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg: St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A. Postkatalog Nr. 3181.

An die Mitglieder des Maurerverbandes!

Kollegen allerorts, sammelt für den Streikfonds, wie der Verbandstag es beschlossen hat!

Auf keinem Arbeitsplatze darf Sammelmateriale fehlen und kein Kollege darf sich von der Sammlung ausschließen. Die Verhältnisse erfordern hohe Leistungen und ein Zusammenwirken aller Kräfte. Auch an der Fernhaltung des Zuzuges nach den Streikorten müssen alle Kollegen mitarbeiten.

Der Verbandsvorstand.

Inhalt: Unternehmer-Terrorismus. Aus dem Reichstage. — Rundschau. An die Krankenkassen Deutschlands. — Baugewerblisches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Unternehmer-Terrorismus.

Von terroristischem Unfug, den das Unternehmertum anlässlich der Maifeier gegenüber der Arbeiterschaft verübt hat, wird aus vielen Orten Deutschlands berichtet. Um die Arbeiter von der Teilnahme an dieser Feier zurückzuhalten, haben die „Arbeitsherren“ ihnen schon einige Zeit vorher mit zeitweiliger oder dauernder Aussperrung gedroht, wenn sie es „wagten“ sollten, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Den Baugewerks-Zunungsstippen darf man „nachträglich“, daß sie mit besonderem Eifer beifallen gewesen sind, ihre „Autorität“ zur Geltung zu bringen und den sogenannten „Maifeibummlern“ sogenannten „Respekt“ vor dieser Autorität zu lehren. In Berlin, wie auch hier in Hamburg und Umgebung, sowie in anderen Städten sind zahlreiche Bauarbeiter aller Branchen, Maurer, Zimmerer, Steinmetze u. zur Strafe dafür, daß sie am 1. Mai ihr menschlich-sittliches Recht, die Arbeit ruhen zu lassen, über die Willkür des Unternehmertums setzten, von der Maßregel der Aussperrung betroffen worden.

Bezeichnend für die Tendenz dieses Vorgehens der Unternehmer ist folgendes, vom Vorstand des „Arbeitsgeberbundes für das Maurer- und Zimmergewerbe von Berlin und den Vororten“ an seine Mitglieder gerichtete Rundschreiben:

„Die Bundesmitglieder werden auf den Beschluß der letzten Generalversammlung aufmerksam gemacht, wonach die Förderung der Arbeitnehmer, den 1. Mai als Feiertag anzuerkennen, zurückgewiesen wird. Sollte trotzdem auf einzelnen Bauplätzen versucht werden, den „Maifeiertag“ durch Arbeitsruhe zu begehen, so mögen die betreffenden Arbeitgeber die feiernden Arbeiter überhaupt entlassen oder doch wenigstens für die ganze erste Woche nicht beschäftigen. Sofern die Arbeitgeber nachdrücklich die Freigabe des 1. Mai verweigern und Zwischverhandlungen auf die schwersten Folgen aufmerksam machen, wird in den allermeisten Fällen eine Arbeitsruhe am 1. Mai nicht eintreten, da ja selbst auf dem letzten Verbandstage der Maurer Deutschlands in einer dort eingebrachten Resolution ausgesprochen wurde, den 1. Mai nur dort zu feiern, wo es ohne Maßregelung möglich ist.“

Aus diesem Rundschreiben geht ganz klar und deutlich hervor, daß — was für uns ja niemals ein Geheimnis war — die Unternehmer gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht auf Grund der Erwägung eines gefährdeten geschäftlichen Interesses Stellung nehmen, sondern daß sie geleitet sind von dem anmaßungsvollen Bestreben, über die Arbeiter Herrenrechte auszuüben. Früher schon, und auch jetzt wieder, haben die Baugewerks-Zunungsmänner wie andere Unternehmer, oft behauptet, das Interesse des Geschäftsbetriebes gestatte die Arbeitsruhe am 1. Mai, sofern dieselbe auf einen Werttag falle, nicht. Wenn das wirklich der Fall wäre — was doch nur als Ausnahme zuzugeben ist —, wie vereinbart es sich dann mit dem geschäftlichen

Interesse, die sogenannten „Maifeibummler“ so und so viele Tage von der Arbeit auszuschließen? Wenn Unternehmer sich zu solch einer Maßregel entschließen, ohne von einer Schädigung ihrer geschäftlichen Interessen zu sprechen, so läßt sich darnach ermaßen, was es mit der Schädigung dieser Interessen durch die Arbeitsruhe an einem einzigen Tage auf sich hat. Die Freigabe dieses einen Tages sollen die Unternehmer den Arbeitern verweigern, aber wenigstens eine ganze Woche sollen sie die Arbeiter, welche gefeiert haben, nicht beschäftigen!! Hinter solch einer Fäkt ist doch häufig nichts Anderes zu sehen, als blöde Geheißigkeit, frivole Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung überhaupt. Nicht um den einen Tag Arbeitsruhe an sich handelt es sich für die Unternehmer, sondern um den Zweck, der mit dieser Arbeitsruhe sich verbindet. Die Arbeiter demonstrieren am 1. Mai für eine gute, gerechte Sache; die Gegen-demonstration des Unternehmertums vollzieht sich unter Androhung und Anwendung der Aussperrungsmaßregel.

Ein Zug demagogischer Naivetät offenbart sich in der Berufung des Vorstandes des Berliner-Arbeitsgeberbundes auf die den Maifeiertag betreffende Resolution des letzten Verbandstages der Maurer Deutschlands. Der Vorstand möchte wohl zwar diese Resolution zur Begründung und Rechtfertigung seiner an die Arbeitgeber gerichteten Ermahnung mißbrauchen? Da muß doch daran erinnert werden, daß die Resolution sich wahrlich nicht richtet gegen das sittliche Recht der Arbeiter, am 1. Mai die Arbeit auszusagen, daß sie vielmehr lediglich mit der durch die Verhältnisse gebotenen, rein praktischen und taktischen Erwägung rechnet, es sei im Interesse der Arbeiter und der Arbeiterorganisation die Eventualität schädigender Maßregelung zu berücksichtigen. Wer das aber als eine Konzession an die Unternehmervillkür auffassen wollte, der würde sich arger Thorheit schuldig machen. Es handelt sich lediglich darum, daß nutzlose Opfer für eine gute Sache vermieden werden.

Mögen die Unternehmer sich nur nicht der Täuschung hingeben, es werde ihnen möglich sein, mit ihren terroristischen Praktiken zu verhindern, daß die Arbeiter abfallen von dem Bestreben, den 1. Mai zu ihrem Feiertag zu machen! Die Herren werden erleben, daß ihre Maßregeln das Gegenteil bewirken.

Das Organ der Münchener Sozialdemokratie, die „Frankische Tagespost“, war in der Lage, einen beachtenswerten Beitrag zu dem Kapitel Unternehmer-Terrorismus zu liefern. Sie veröffentlichte einen als „streng vertraulich“ bezeichneten Aufruf, den ein Herr Georg Tripp in Kassel im Auftrage einer Unternehmerorganisation an die Möbelfabrikanten und Tischlerinnungen Deutschlands gerichtet hat. Der Aufruf bezweckt die Gründung einer Vereinigung deutscher Möbelfabrikanten und Tischlermeister zur „Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiterschaft“; er erinnert

lebhast an die diesbezüglichen Kundgebungen der Baugewerksunternehmer. Das Projekt der Begründung der Vereinigung wird wie folgt motiviert:

Der fortwährende Druck, welchen die organisierte Arbeiterschaft auf den Arbeitgeber ausübt, um ihren immer größer werdenden und heftigsten Forderungen Geltung zu verschaffen, indem sie über einzelne Betriebe direkte Sperre beschließt, hat in den Kreisen der Arbeitgeber zu einer Erörterung der Mittel und Wege geführt, die eingeschlagen werden könnten, um den sich immer ungeschwinder gestaltenden Verhältnissen wirksam entgegenzutreten.

Die Forderungen der Arbeiter haben nachgerade eine beachtliche Höhe erreicht, daß die Bewilligung derselben eine schwere Schädigung der deutschen Industrie bedeuten würde.

Mangel sind die Verhältnisse hauptsächlich deshalb, weil hinter der Arbeiterschaft die Forderungen der Sozialdemokratie stehen, welche in erster Linie Nutzen aus der Kräfteprobe der Arbeiter für ihre Sonderbestrebungen zu ziehen suchen, die sich gegen das Kapital und die Gesellschaftsordnung richten.

Es sind das dieselben Behauptungen, die seit Jahren in der Gehe des Unternehmertums gegen die Arbeiterorganisationen immer wiederkehren und die wir schon oft kritisiert haben, weshalb wir uns hier mit ihnen wohl nicht näher zu beschäftigen brauchen.

Der Aufruf theilt dann mit, daß die Einberufung eines Kongresses deutscher Möbelfabrikanten projektiert ist, welcher die „Vereinigung zum Schutze gegen das Vorgehen der Arbeiterschaft“ schaffen soll, und zwar auf Grund von Bedingungen, welche das vollständige Programm eines Attentats gegen den deutschen Holzarbeiterverband enthalten. Diese Bedingungen sind folgende:

Die Fabrikanten und Meister verpflichten sich durch Hinterlegung eines Sichteckells, dessen Höhe sich je nach der Zahl der im Betriebe beschäftigten Arbeiter zwischen M 300 bis M 1500 bewegt, zur Zurechtweisung der folgenden Bestimmungen:

„Bricht im Betriebe eines Verbandsmitgliedes ein vom Zume (sic!) gebrochener Streik aus, resp. wird von Seiten der Arbeiter eine Sperre über den Betrieb eines Mitgliedes verhängt, so haben die Vertrauensmänner der betreffenden Provinz resp. deren Stellvertreter nach erhaltener Anzeige in eine Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle einzutreten und nach Möglichkeit eine gütliche Beilegung herbeizuführen.“

„Ist dies nicht zu erreichen und gelangen die Vertrauensmänner zu der Überzeugung, daß ein Eintritten des Verbandes im Interesse aller Mitglieder notwendig erscheint, so haben die Vertrauensmänner die Pflicht, sich sofort mit dem Stützpunkt der Zentralverband der Arbeiter in Verbindung zu setzen. Sie haben dem Verband Mitteilung zu machen, daß, wenn die Sache nicht innerhalb einer gewissen Frist — längstens aber nach acht Tagen vom Ausbruch des Streiks oder der Verhängung der Sperre an gerechnet — geregelt ist, sämtliche Fabrikanten, welche dem Verbandsangehörigen, solidarisch ihren vollständigen Betrieb so lange einstellen, bis die Arbeit in dem betreffenden Betriebe wieder aufgenommen ist. Angenommen, es beihiligen sich vorläufig nur 200 Fabrikanten, mit durchschnittlich je 50 Arbeiter an dem Verbandsangehörigen, so wird, falls bei einem Mitgliede Streik ausgebrochen ist, welcher beigelegt werden kann, durch das solidarische Vorgehen der Verbandsmitglieder eine Arbeiterzahl von 10 000 Mann außer Thätigkeit gesetzt.“

Die Zentralverbandskasse hätte dann, wenn auch nur M 1,50 von ihr pro Mann und Tag vergütet werden, täglich nicht weniger als M 15 000 sogenannte Streifgelber zu zahlen.

Es liegt für jeden Arbeitgeber klar auf der Hand, daß die Klasse des Zentralverbandes nicht lange diese Dörfer bringen kann und von bald gepregelt sein dürfte.

Eine einmalige derartige Solidarität und mit der nötigen Energie durchgeführte Stellungnahme der Arbeitgeber dürfte weiteren Kraftproben und frivolen Anprüfungen der Arbeiter wohl eine Grenze setzen.

Die erste dieser Bedingungen involviert einen Terrorismus gegen die Bundesmitglieder, die Straftat einer Mordthat. Die Gerichte haben des Defekten zu erkennen gehabt, daß die Annahme eines Sichtwechsels zu dem Zweck, die Aussteller desselben zur Innehaltung bestimmter Verabredungen, betreffend die Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu zwingen, ein Vergehen wider § 158 der Gewerbeordnung ist.

Die weitere Bedingung, betreffend den Versuch „gütlicher Beilegung“ von Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, ist offenbar ein auf Täufchung berechneter Gumbog. Der wirkliche Zweck des projektirten Bundes, der hinter der Phrase „Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiter“ sich verbirgt, ist, wie aus den weiteren Darlegungen unzweifelhaft hervorgeht, die Sprengung des Verbandes der Holzarbeiter. Auf Vorwände, den Versuch dazu zu machen, sind die Herren, welche den Aufruf zu verantworten haben, von vornherein bedacht gewesen. Als „unberechtigte“ Forderungen der Arbeiter werden in dem Aufruf „beispielsweise“ folgende erwähnt:

1. Garantie des Wochenlohnes bei Akkordarbeiten.
2. acht- oder neunstündige Arbeitszeit, durch welche der Arbeiterbedarf um 10 bis 15 Pct. steigt und weitere Lohnherabsetzungen erzwungen werden,
3. die Zulassung von Arbeiterkommissionen zur Prüfung von Streitigkeiten im Betriebe, wodurch der Arbeitgeber nicht mehr Herr im eigenen Hause sein würde,
4. frivole und übermäßige Lohnherabsetzungs-Forderungen, und Anderes mehr.

ist eine rücksichtslosere, brutaler, frivoler, gemeingefährlichere, terroristische Praxis denkbar? Wo fangen denn da nun eigentlich die „berechtigten“ Forderungen der Arbeiter an, wenn schon die Forderung, daß bei der auf äußerste Ausbeutung der Arbeitskraft berechneten Akkord-Mordarbeit wenigstens der Wochenlohn garantiert wird, eine „unberechtigte“ ist, ja, an der Spitze der sogenannten „unberechtigten“ steht? Wir wissen ja: „frivol“ und „übermäßig“ ist jede Forderung der Arbeiter, welche der Ausbeutung eine gewisse Grenze setzen will. „Berechtigt“ sind nur die Ansprüche, welche die Unternehmer an die Arbeiter stellen; nur die Unternehmer haben „berechtigtes“ Interesse, während der Arbeiter die „Pflicht“ haben soll, sich der Willkür des Arbeitsherrn zu fügen.

Nicht weniger wie 10 000 Arbeiter mit etwa 70 000 Familienangehörigen will man auf etliche Wochen dem Hunger überantworten, um unter dem elenden Vorwande, „unberechtigtes“ Forderungen der Arbeiter zurückweisen zu müssen, eine gemeinlichliche Organisation zu vernichten und damit die Arbeiter zur Dummheit zu verdammen. Und das zur Zeit des Buchstausurfes! Damit man weniger Arbeitern berechnete Forderungen nicht zu erfüllen braucht, sollen Tausende, die mit ihren Unternehmern keine Differenzen haben, Tausende von Arbeitswilligen an der Arbeit verhindert werden! Das nennt man die „Wahrung der natürlichen Interessen der Arbeitgeber“.

Nur zu, versucht, Ihr Herren! Den gerechten Haß, den Ihr damit faßt, werdet Ihr schwer zu entgelten haben.

Aus dem Reichstage.

Berlin, den 5. Mai.

In vorgefertigter und gestrichelter Sitzung erfolgte die Fortsetzung der vor acht Tagen begonnenen Beratung der Anträge, betreffend die Errichtung von

Arbeitskammern.

Den Reigen eröffnete diesmal einer der schälimsten Schwäger der Konserbativen, Herr von Kardorff. Er schwindelte seinem Freunde Stumm, machte aber selbstverständlich dessen Sache nicht besser. Aber für Arbeitskammern eintritt, der macht nach Ansicht Kardorff's „revolutionäre Sprünge“. Der neue Kurs möge vor Allen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sich zeigen. Es ist die höchste Zeit, daß endlich ein neues Ausnahmegesetz in Kraft trete, und zwar mit Strafbestimmungen, die die Sozialdemokratie am meisten treffen. So z. B. müßte die Strafe der Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts für den Reichstag auf 5 Jahre für alle Die festgesetzt werden, die sich an der sozialdemokratischen Agitation beteiligen.

Als ob dieser ordnungspolitischen Albernheit die Dinte und das Zentrum in schallender Heiterkeit ausbrach, meinte Kardorff ganz naiv: „Ich begreife nicht, warum Sie lachen“, was einen neuen Heiterkeitsturm zur Folge hatte.

Kardorff fuhr fort: „Es handelt sich ja doch um eine Wackfrage. Und ich glaube nicht, daß Sie die Macht be-

halten werden. Bis jetzt freilich steht es um die Bekämpfung der Sozialdemokratie trübe aus. Bis jetzt ist uns noch nicht einmal das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen ausgegangen. Und mit diesem Gesetze allein würde uns allerdings wenig geholfen sein. Das bringt uns noch nicht so weit, wie wir wollen. (Geisterlich) Ueberhaupt: Wir könnten sehr leicht einer gewissen Designation verfallen, wenn wir so sehen, wie wir so allmählich dem sozialdemokratischen Abgrunde immer näher gleiten. (Geisterlich); und durch Anträge, wie die vorliegenden, wird das Tempo dieses Hinabgleitens noch beschleunigt. Die Regierung läßt uns in Stich und immer mehr Angehörige der gebildeten Stände wenden sich der Sozialdemokratie zu. Das erinnert ganz an die Zustände vor der französischen Revolution; die Leute ahnen leider nicht das fürchterliche Schicksal, das sie erwartet. (Große Geisterlichkeit) Und trotzdem verliere ich den Mut nicht. Ich halte es mit dem General von Neumann, der im Jahre 1848, als Alles saufte: „Mein Gott, mein Gott, wir gehen ja jetzt zu Grunde“, sagte: „Nein, Preußen geht nicht zu Grunde, die Hohenzollern haben ihren eigenen Stern.“ (Große Geisterlichkeit) Und so sage auch ich. Ich vertraue auf den großen Stern der Hohenzollern (Große-Geisterlichkeit), wir werden nicht zu Grunde gehen.“ (Andauernde Geisterlichkeit)

Ein „großer“, ein „genialer“ Mann dieser Kardorff, nicht wahr? Er erlitt alsbald den Schmerz, daß ein anderer Konservativ, Herr Kropatsch, erklärte, ihn und seinen Freunden seien die Anträge, betreffend gemeinsame Organisationen von Arbeitern und Arbeitgebern, „ganz sympathisch“ als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!!!

Der nationalliberale Abgeordnete Wasing sprach im Namen desjenigen Theiles seiner Fraktion, der den Anträgen nicht zustimmt, um diese abweisende Stellung ebenfalls ausdrücklich zu konstatieren.

Für die freisinnige Volkspartei trat Abgeordneter Wiemer zu Gunsten eines Reichsarbeitsamts und der Arbeitskammern ein.

Sodann unterzog der Abgeordnete Mollenkühr Namens der sozialdemokratischen Fraktion die ganze Frage an der Hand der seitigen Erörterungen einer gründlichen Kritik. Er legte dar, daß die Sozialdemokratie und die organisierte Arbeiterkraft an sozialen und kulturellen Fortschritt arbeite und in dieser Arbeit sich durch die Umtriebe und Angriffe der Reaktion nicht beirren lassen wird. Aus seinen weiteren Ausführungen geben wir folgendes wieder: „Die Konservative Partei hat eine eigenartige Praxis gegenüber Gesetzen, die das Wohl der Arbeiter betreffen. Wenn es sich um die Interessen industrieller Arbeiter handelt, äußert sich eine ganze Reihe der Konservativen Herren entgegenkommend, während dieselben, sobald die Landarbeiter in Frage kommen, eine ganz andere Stellung einnehmen. Im Landtage haben wir es ja erst neulich erlebt, daß die Arbeiterverbrüderung der Konservativen ein ganz anderes Gesicht bekommt, sobald sie als Arbeitgeber auftreten. . . . Der Antrag nach billigeren Arbeitslöhnen ist die Ursache, weshalb die Unternehmer die Arbeiter möglichst rechtlos machen wollen. Jeder Erweiterung der Rechte der Arbeiter treten sie aus diesem Grunde in den Weg, und dies Streben beherrscht auch alle Verhandlungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Herrn von Stumm. Das Staatsinteresse wird von den Herren vorgeföhrt, in Wirklichkeit ist nur Heimlicher Egoismus die Triebfeder, um die Arbeiter besser auszunutzen zu können. . . . Die Frage ist ausgenommen worden: wird durch die Arbeitskammern die Sozialdemokratie gefördert oder geschädigt? Herr Dr. Hitz scheint ernsthaft zu meinen, daß sie geschädigt würde, ja er sieht unseren baldigen Untergang voraus, sobald Arbeitskammern nach seinem Vorschlage errichtet werden. Die Sozialdemokratie ist so lange getrieben worden, daß wir uns an's Geduldet werden allmählich gewöhnt haben. Auf einmal wüßte aber die Arbeitskammern einen wesentlichen Fortschritt darstellen: sie wären eine Anerkennung des Grundgesetzes von der Gleichberechtigung des Arbeiters als Staatsbürger. Wir haben Landwirtschaftskammern, einen Landwirtschaftsrath, wir haben Handwerkerkammern und Handelskammern. Nur wenn der Mensch Arbeiter ist, hat er keinen Anspruch auf eine ähnliche Organisation. Nur auf Kommando soll der Arbeiter seine Pflichten in Bewegung setzen, er wird zur bloßen Maschine degradiert. Herr v. Stumm nennt das freilich patriarchalisches System, und thut sehr entrüstet, wenn gesagt wird, die Arbeitskraft ist eine Waare. Das ist in seinen Augen eine Gerabdrückung des Arbeiterthums. Ist es in der That eine Gerabwürdigung des Arbeiters, wenn gesagt wird, seine Arbeitskraft ist die Waare, die er auf den Markt bringt? Damit tritt der Arbeiter in die Reihe der Waarenverkäufer, und das ist doch eine in der bürgerlichen Gesellschaft sehr angesehene Klasse. Was würden die Fabrikanten z. B. sagen, wenn von sehr autoritativer Stelle folgende Aeußerung käme: „Das Gesetz geht seiner Vollenbung zu und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin Jeder, er möge sein wer er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Fabrikanten oder Grubenbesitzer, welcher willig wäre, seine Waare zu einem billigeren als den vom Synbatat festgesetzten Preise zu verkaufen, daran zu hindern versucht oder gar zur Zurückhaltung der Waare anreizt, mit Rücksicht auf den Reichthum des Kaufmanns zu werden die Fabrikanten und ein solches Gesetz als einen Eingriff in ihre Freiheit bezeichnen, wie er schämmer nicht gedacht werden kann. Aber wenn gegen Arbeiter dasselbe gesagt wird, die den Waare Arbeitskraft festgesetzt haben, herrscht Jubel in Unternehmerkreisen. . . . Wir halten die Arbeitskammern für notwendig; sie können einmal dazu beitragen, daß ein Streik festgesetzt wird, zum Andern können sie dafür sorgen, daß über die Streikfrage ein objektives Bild gegeben wird. Sie werden möglich werden können überall da, wo sich das Bestreben nach gütlicher Erledigung von Streitigkeiten geltend macht. Die Unternehmer organisieren sich; sie dürfen sich frei bewegen; nicht nur die Verordnungsbehörden, auch die Gerichte stellen sich in ihren Dienst. Die Androhung von Streiks wird ja von einzelnen Gerichten sogar schon als Verpöschung bestraft, aber noch kein Unternehmer ist je bestraft worden, wenn er seinen Arbeitern gesagt hat: arbeite! Ihr nicht billiger, dann werdet Ihr entlassen. . . . Gewöhnen Sie sich doch daran, den Arbeiter auch als Menschen zu betrachten, und halten Sie eine Besserstellung des Arbeiters nicht mehr für ein nationales Unglück. Nur durch die Besserstellung des Arbeiters steigern Sie seine Leistungsfähigkeit, nur durch gute Arbeit aber gehen Sie die Industrie in den Stand, an dem großen Konkurrenzkampfe auf dem Weltmarkt erfolgreich Theil zu nehmen.“

Nach Mollenkühr's Rede nahm der wilschonserbatische Abgeordnete Stöder Anlaß, der Meinung Ausdruck zu geben, daß den Herren Stumm und Kardorff das soziale Verständniß fehle. Die Errichtung von Arbeitskammern werde praktischer Sozialreform gegen die Sozialdemokratie dienen und die „Harmonie zwischen Arbeitern und Unternehmern“ ermöglichen. Es handle sich darum, dem „Gütlichen“ und „monarchisch gestimmten“ Arbeitern gerecht zu werden.

Im weiteren Verlaufe der Debatte verfuhr Stumm und Kardorff noch einige Male ihren Standpunkt zu „verfestigen“. Ersterer versetzte sich dabei zu der Behauptung, auch er wolle die Koalitionsfreiheit der Arbeiter aufrechterhalten!!! Gleich hinterher aber versicherte er, durch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen werde „das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern gestiftet“.

Mit diesen Herren gingen nochmals die Abgeordneten Wesel und Mollenkühr scharf in's Gericht; auch der Abgeordnete Rösche hielt mit ihnen noch eine Abrechnung. Letzterer, bekanntlich selbst ein großer Unternehmer, bemerkte u. A.: „Ein großer Theil der Unternehmer glaubt noch immer, daß er sich etwas verdient, wenn er mit den Arbeitern überhaupt in Unterhandlungen tritt und gar in gemeinschaftlichen Körperlichkeiten sßt. Gerade weil bei den meisten Unternehmern noch diese veralteten Anschauungen herrschen, deshalb wird auch jede Forderung der Arbeiter immer als sozialdemokratisch charakterisirt. Für Unternehmer vom Schlage des Herrn von Stumm ist jede Lohnforderung etwas „Sozialdemokratisches“. Obno steht es mit der Würde um die Disziplin. Die beste Disziplin besteht da, wo Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrscht. Auf neutralem Boden gleichen sich die Gegenstände am besten aus. Herr v. Kardorff freilich glaubt, man schaffe die Gerechtigkeit am besten auf der Welt, wenn man den Sozialdemokraten auf fünf Jahre das Wahlrecht entzieht. Was würde er wohl dazu sagen, wenn ich den Vorschlag machte: um eine größere sozialpolitische Eingetigkeit zu erzielen, soll man den Herren v. Stumm und v. Kardorff das Wahlrecht entziehen? (Geisterlich) Um Herrn v. Kardorff nicht zu sehr zu reizen, mache ich den Vorschlag natürlich nur hypothetisch.“ (Große Geisterlichkeit) Herr v. Kardorff hat es für nöthig gehalten, mir die Wahlfahrts-einrichtungen seines Freundes Stumm entgegen zu halten. Nun, mir liegt es fern, das was von anderen Unternehmern auf demselben Gebiete geleistet ist, hier dagegen auszuspielen. Nur das Eine möchte ich den Herren sagen: die Arbeiter verachten mit Freuden auf alle diese Wohlthaten und Wohlfahrts-einrichtungen, wenn ihnen dafür die Gleichberechtigung vorenthalten wird. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Das Koalitionsrecht bleibt die wichtigste Lebensbedingung für die Arbeiterkraft.“

Nachdem schließlich noch Herr Stöder die alberne Phrase ausgeplottet: es gelte die „Organisation der Arbeiter unter dem Zeichen des Christenthums“, wurden sämtliche Anträge an die bereits gebildete Gewerbeordnungskommission überwiesen.

Die Debatte haben wieder einmal gezeigt, wie verschleudert der Begriff „Sozialpolitik“ in den Kreisen der „Staatsverschleudern“ aufgehört wird. Während die Einen von der Errichtung von Arbeitskammern eine Stärkung der Sozialdemokratie besprechen, eine Konzeption an die Revolution“ darin sehen, sind Andere der Meinung, man werde mit dieser Einrichtung der Sozialdemokratie Abbruch thun können! Und doch hat gerade die Sozialdemokratie diese Einrichtung zuerst gefordert! Die Debatte werden ohne Zweifel die Wirkung haben, daß weitere Arbeiterkreise zu der Erkenntniß gelangen, wie sehr die Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterkraft bei der Sozialdemokratie liegt!

Grundriß.

* Die Waifeteier ist überall in der glänzendsten Weise verlaufen. Tausende die antizipierten Arbeitgeberverbände die Parole ausgegeben hatten, jeden Arbeiter zu mahnen, der am 1. Mai die Arbeit lassen lasse, wie die Arbeitervereine in fast allen Gewerben weit größer als in den Jahren vorher. Dank dieser Einmüthigkeit der Arbeiter, ist es denn auch zu größeren Ausperrungen fast nirgends gekommen. Nur die Fabrikanten der Metallbranche glauben ein Exempel zu stellen zu sollen, indem sie Arbeiter in größerer Anzahl entließen, so in Lübeck, wo 1600 Arbeiter ausgeperrt wurden und in Leipzig, wo sämtliche Formere und Gießerarbeiten ihrer Arbeit verlustig; in Berlin hatte außerdem noch die freie Vereinigung der Holzindustriellen ihre Arbeiter ausgeperrt. Im Waingewerbe, speziell im Wauregewerbe, sind Abregelungen größerer Arbeitermassen nicht vorgekommen, wenigstens ist uns nichts davon bekannt geworden. In Hamburg hat nur ein Wechsel in der Arbeitsstätte stattgefunden und auch nur in geringerer-Umfange. Obgleich der Arbeitgeberbund, dem fast alle Unternehmer im Waingewerbe angehören, eben, der am 1. Mai feiern sollte, mit einer zehnjährigen Ausperrung bedrohte, sind Entlassungen nur auf vereinzelten Bauten vorgekommen. Der Zimmungsmeister Föhrenfrug wollte gleichfalls ein Exempel statuiren (seine eigenen Worte) und entließ von 42 Mauern, die er beschäftigte, zehn; doch die Uebrigen erklärten sich mit den Beschäftigten solidarisch und legten gleichfalls die Arbeit nieder. Der Unternehmer Götter hat nachträglich, nicht gleich am folgenden Tage, ebenfalls noch einige Entlassungen vorgenommen. In Berlin sollen, Zeitungsberichten zufolge, ebenfalls einige Waingewerbetreibende, fast hundert, haben; deren Zahl 200 jedoch nicht übersteigt. Jedemfalls dürften auch diese Kollegen nicht allzulange arbeitslos gewesen sein. Alles in Allem genommen: Wir können mit der diesjährigen Waifeteier zufrieden sein.

* Dem Herrn Grafen v. Posadowsky wollen wir, wenn es ihm noch an Material zur Begründung der Zuchtstausvorlage fehlen sollte, nachfolgenden Aufruf ganz besonders zur Beachtung empfehlen. Das „Waingewerbe“, ein Unternehmer-Organ, bringt in seiner Nummer vom 30. April eine Aufforderung an das Unternehmerthum, die wie folgt lautet:

„Zur Beachtung! Die Mitglieder der Stimmung des bergischen Waingewerbevereins und die Mitglieder des Gieselerberg Waingewerbevereins haben folgenden Beschluß gefaßt, dessen Befolgung auch den Waingewerbe-Unternehmern, die weder der Stimmung noch dem genannten Verein angehören, an's Herz gelegt wird: Sollten die Arbeiter in einem oder dem anderen Betriebe grundlos einen Streik veranstalten, so hat der Arbeitgeber die Namen der betreffenden Arbeiter dem Vorstand der Stimmung mitzu-

theilen. Der Vorstand hat für die sofortige Befamigung der Liste zu sorgen. Die übrigen Arbeitgeber haben die namhaft gemachten Arbeiter nicht in Arbeit zu nehmen.

Wie wird Ihnen Herr Graf? Das ist doch einmal Material zur Begründung einer Gesetzesvorlage, wie Sie es wohl noch selten gehabt haben. Nur bei dem mit dem überjährigen Kunde, dem sogenannten Zuchthausgefangenen.

Ein Reichswohntagegesetz soll in Aussicht stehen. Nach der Post sollen Bundesrat und Reichstag demnach mit der Frage sich beschäftigen. Die Post führt sich bei dieser Angabe auf die Mithelungen, welche der Kommissar des Ministers des Innern im Abgeordnetenhaus über den Abschluß von Verhandlungen zwischen dem befalligen Minister des Reiches und Preußens in Bezug auf die Wohnungsfrage und die Befestigung des Schlafstellenwesens machte.

Stein großer Unfug. Der Maurer Gottfried Stribling zu Potsdam war mit noch acht anderen Maurern angeklagt, während des vorjährigen Mauersstreiks durch Streikpostenleuten groben Unfug verübt zu haben. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei, jedoch legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung ein.

Wenn nicht § 153, dann der Erpressungsparagraph. Von etwa 86 Maurern, die im Sommer des vorigen Jahres an einem Bau in der Durlacherstraße zu Deutsch-Wilmersdorf arbeiteten, war der Maurer Busch der Einzige, der keine Beiträge für die Streikliste zahlte.

Die Unternehmern antwortete, mit einem Manne könne er den Bau nicht fertig machen, und beantragte den Karlsruher, Busch zu entlassen. Seine wurde demnach wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung angeklagt und auch in dem ersten beiden Instanzen zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

So weit das Erkenntnis des Kammergerichts. Wenn der Vorberichter schon eine strafbare That des Genen festgestellt, ihn aber unter Anwendung einer nicht zutreffenden Gesetzesbestimmung dafür mit Strafe belegt hat, dann wird das erkennende Gericht den Mann mit dem Jaumfuß schon versehen. Seine dürfte dann aber eine weit höhere Strafe zu gewärtigen haben, denn der § 268 des St.-G.-B., der bann in Anwendung kommt, droht eine Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat an.

Diefer Beschluß hängt jedenfalls damit zusammen, daß auch die Gewerbegerichtsvorständen den Schein jeder Abhängigkeit vermeiden wollen. Eine fälschliche Ungerechtigkeit ist, daß die Gefangenen von der Unfallversicherung ausgeschlossen sind. Erleidet sie in Ausübung der ihnen von der Gefängnisverwaltung übertragenen Arbeiten Unfälle, so haben sie und ihre Angehörigen keinen Anspruch auf Entschädigung.

schlimmer, als die Gefangenen, sowohl in Zuchthäusern wie in Gefängnissen, zur Arbeit gezwungen werden. Schon oft hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Einsetzung der Gefangenen in die Unfallversicherung verlangt, bis jetzt leider vergeblich. Namentlich hat der preussische Justizminister verordnet, daß den Gefangenen, die während der Haft einen Unfall erlitten haben, oder den Angehörigen solcher Gefangenen aus Staatsmitteln Unterstützungen gewährt werden können.

An die Krankenkassen Deutschlands

richtet die Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins, vertreten durch ihren Vorsitzenden Eugen Simanowski, Gartenstr. 78, 2. Et., und ihren Vertrauensarzt Dr. Friedberg, folgenden Aufruf:

Der Kongreß soll seine Zusammenkunft von Weblinern und Fachgelehrten sein, sondern ist seiner ganzen Veranstaltung nach als ein sozial-hygienischer gedacht. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt in der am Sonntag, den 27., zur Veranstaltung kommenden Resolution V, betreffend das Selbstkostenwesen.

Die ungeheuren Versicherungen, welche die Schwindsucht unter der Bevölkerung Deutschlands anrichtet, die Opfer, die sie an Menschenleben, Wohlstand und Familienglück aufbringt, haben den wackersten Kreisen die Nothwendigkeit einer Bekämpfung dieser Seuche von Grund aus aufgedrängt. Keine Schicht der Bevölkerung hat aber ein gleiches Interesse an der Schwindsuchtsbekämpfung, wie das in den Krankenkassen organisierte Industrieproletariat. Nirgend sind die Opfer der Schwindsucht so grenzenlos, wie gerade hier.

Die Krankenkassen Deutschlands! Der Kongreß im Mai wird von grundlegenden, fundamentalen Bedeutung für die Schwindsuchtsbekämpfung werden. Ihr, deren Fürsorge die materielle und ideale Wohlfahrt von mehr als acht Millionen Menschen — der Kern der arbeitsfähigen Bevölkerung Deutschlands — anvertraut ist, habt die Pflicht, mit der ganzen Schwere eurer Organisation auf diesen Kongreß dahin zu wirken, daß den Arbeiter nicht als Almosen, sondern als gesetzliche Berechtigung die Möglichkeit gegeben werde, durch Selbstkosten-Verhandlung den Kern der mörderischen Seuche zu überwinden.

Eine Vertretung sämtlicher Krankenkassen Deutschlands auf diesem Kongresse ist eine Nothwendigkeit, und ist eine Selbstheilung an den Verhandlungen gerade an dem bedeutungsvollsten Tage, am 27. Mai, um so wesentlicher, als die Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins in unmittelbarem Anschluß für Sonntag, den 28. Mai, eine Konferenz sämtlicher aus ganz Deutschland zum Kongresse delegierter Krankenkassen-Vertreter veranstaltet. Die von Graf Posadowsky in der Reichstagskammer am 19. April schon für die nächste Zeit in Aussicht gestellte Novelle zum Krankentagegesetz, die einschneidende Veränderungen enthält, wird, die Beschäftigten des 27. heutigen Verhältnisses in Dresden bereits obligatorischer Einführung der freien Arztwahl, das Verhältnis der Krankenkassen zu den Invaliditätsanstalten und Berufsgenossenschaften, alle diese für die Krankentagefrage so wichtigen Materien machen eine einheitliche Stellungnahme der Krankenkassen in ganz Deutschland nothwendig und sollen am 28. Mai auf der Berliner Konferenz die prinzipiellen Gesichtspunkte festgelegt werden.

Die aus der Konferenz sich ergebenden prinzipiellen Vereinbarungen sollen lediglich als Richtschnur dienen und den später erfolgenden Beschlüssen irgend einer Abverschiedenheit, irgend eines Krankentageverbandes in keiner Weise vorgreifen. Aber eine einheitliche kraftvolle Bewegung muß sich darin dokumentieren, um den Krankentagen eine ihrer Bedeutung entsprechende Einschätzung auf die Maßnahmen der Regierung sowohl, wie der anderen sozialpolitischen Institutionen zu sichern. Die Anmeldeungen zum Tuberkulose-Kongresse sind an das Bureau desselben, Berlin W., Wilhelmstraße 2, unter Beifügung von M. 20 für jede Theilnehmerkarte zu richten. Die Aufwendungen aus Kassamitteln für die Befestigung des Kongresses sind durchaus zulässig und können von keiner Mitgliedsbedingung befreit werden, da der Tuberkulose-Kongreß für die Interessen der Krankentagen und ihrer Angehörigen von derselben ungeheuren Bedeutung ist, wie für die Invaliditätsanstalten und die anderen sozialpolitischen Körperlichkeiten, welche sämtlich vertreten sein werden.

Von jeder Anmeldung ist dem Bureau der Zentral-Kommission der Krankenkassen, Berlin SO., Bräunerstraße 10, Mitteilung zu machen. Auch sind hierüber alle Anfragen betreffs der Krankentagekonferenz zu richten, sowie sämtliche Material bezüglich der Dungenzweckmäßigkeit zu übersenden, da solches auf dem Kongresse durch die Zentral-Kommission ausgiebige Verwertung findet.

Daugewerbliche.

Fähigkeit der Banarbeit. G. a. n. u. Bei einem schweren Gewitter, das sich am 1. Mai über der hiesigen Gegend bei starken Niederschlägen entlief, führte in Dangenwedde ein zweifelhafter Neubau, der nahezu vollendet war, ein. Die Arbeiter haben sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen können.

Beispiel. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 3. Mai am Wasserwerk bei Sülbitz. Der Maurer Heinrich L. aus Hinteke führte am Neubau des Beamtenhauses daselbst infolge Stürzens eines zwei Etagen hoch vom Gerüst und Ablegung bestimmungslos liegen. Er erlitt einen komplizierten Schädelbruch mit Verletzung des Gehirns und mußte nach Anlegung eines Nothverbandes durch den aus Sülbitz rezenten Arzt mittelst Krankenwagens dem Krankenhaus St. Jakob zugeführt werden. Der Zustand des Verunglückten ist ein besorgniserregender. — Auf einem Neubau in der Sülbitzer Straße am Sonnabend ein Zimmerparier aus der dritten Etage in den Keller hinab und erlitt dabei schwere Verletzungen am Kopfe, sowie einen Bruch des rechten Armes. Man brachte den Verunglückten in das Krankenhaus St. Jakob.

Unfallstatistik der norddeutschen Daugewerks-Verufsgenossenschaft für das vierte Quartal 1898:

Table with 4 columns: Bezeichnung der Sektion, Folge der Verletzung (Tob, über 18 Wochen, unter 18 Wochen), Summa. Rows include Berlin, Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Ostpreußen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Ausgesperrt sind die Verbandskollegen in Pöyth in Pommern und Alge. Im Streik befinden sich die Maurer in Bremerhaven, Leßhain, Torgelow, Zehndorf, Helmstedt, Genthin, Wankenburg a. S., Schöninggen, Insel Rügen (das Streikgebiet umfaßt die Orte: Bergen, Binz, Sellin, Göhren, Putbus, Garz und Gising), Braunschweig, Würzen, Weiskensfeld, Weichen, Cöthen, Wilhelmshaven, Vant, Straßburg, Guben, Rügen und Egel.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Weller, Kamp und Richter in Eidelstedt, Brinkmann in Stellingen für den Baubau Langensfelde-Stellingen-Eidelstedt, Rod in Wandersfelde, Pape und Glöbe in Wölk, J. Stralendorf und R. & A. Strehlow in Sonnenburg i. d. Neumark, Maschinbau-Attiengesellschaft Oststarnburg bei Wrau, Sögel, Sayen und Heeds in Vargteheide, Häuser & Florad in Rath bei Düsseldorf, S. Jacob und S. Beshthal in Neuzen, Tant & Rumm, Jach & Wambrey und Kleinte in Pöde, Juch, Vär, Gähing und Grüneberg in Rathenow, Hilbrandt in Diere b. Schönebeck, Stamble in Arnswalde, Dinkloh in Izerlohn und Reich in Speyer.

Nach längeren Unterhandlungen haben die Unternehmer in Rathenow sich mit den Gesellen geeinigt und mit ihnen einen Arbeitsvertrag abgeschlossen. An den Unterhandlungen beteiligten sich drei Unternehmer nicht; über die Bauten derselben ist die Sperre verhängt. Der Vertrag ist von den Gesellen Mitgliedern der Gesellen-Vorstandskommission und acht Unternehmern des Bauunterwerkes in Rathenow unterzeichnet und lautet wie folgt:

- 1. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 10 Stunden. Diefelbe beginnt Morgens 6 Uhr und dauert bis Abends 6 Uhr. Sie wird unterbrochen durch 1 Stunde Frühstücks- und 1 Stunde Mittagsruhe. Des Sonntags bleibt wie bisher 1 Stunde früher Feierabend gemacht; an den Abenden vor Dient und Pfingsten wird bis 4 Uhr, jedoch ohne Vesperpause, gearbeitet, ohne daß eine Lohnzulage stattfindet.
- 2. Der Minimallohn beträgt 25 Mark pro Stunde, für Junggefelln im ersten Gesellenjahre 20 Mark pro Stunde. Für Nacht- und Sonntagsarbeit wird eine Zulage von 10 Mark pro Stunde gewährt. Gesellen, welche freiwillig auf den Lohn von 25 Mark verzichten, kann weniger gewährt werden.
- 3. Fremdzettel werden nur auf Verlangen des Arbeitnehmers ausgestellt.
- 4. Kündigung findet nicht statt.
- 5. Die Zugehörigkeit zur Organisation der Gesellen oder der Tätigkeit für dieselbe darf kein Grund sein, einen Maurer nicht in Arbeit zu stellen oder zu entlassen. Deswegen verpflichten sich die Gesellen, keinem Arbeitgeber Gesellen zu entziehen oder zu verhindern, daß derselbe Gesellen erhält, weil er der Organisation der Arbeitgeber angehöret oder für dieselbe agitiert. Dieser Vertrag gilt vom 22. April 1899 bis zum 1. April 1901.
- 6. Mithin ist ein Teil der Vertragsbedingungen eine Kündigung desselben, so hat er den anderen Teil spätestens bis 1. Januar 1901 Mitteilung zu machen und treten dann sofort die Bedingungen selber Körperlichkeiten an einer Beratung zusammen. Geschiedt das nicht, so gilt der Vertrag auf ein weiteres Jahr.
- 7. In Staßfurt wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Unternehmer und Gesellen am 26. April d. J. der am 27. Mai

borigen Jahres festgesetzte Lohn- und Arbeitszeittarif, wie er in Nr. 26 des Grundstein vom vorigen Jahre veröffentlicht wurde, bis zum 30. April 1900 verlängert.

Der Streik der Bauhilfsarbeiter in Garburg ist beendet. Die Streikenden haben zwar ihre ganze Forderung nicht durchgesetzt, doch ist der Lohn durchschnittlich um 5 1/2 pro Stunde erhöht worden. Unsere Kollegen, die ebenfalls eine Forderung gestellt hatten, schloßen sich ebenfalls an. Die Arbeit ist am Sonntag den 1. August ab einem Stundenlohn von 60 1/2 zugelassen erhalten und sich damit zufrieden geben. Die Arbeit ist am Sonnabend der vorigen Woche in ihrem ganzen Umfange wieder aufgenommen worden.

Der Streik in Friedrichroda ist, ohne den gewünschten Erfolg zu haben, am 4. Mai beendet worden. Die Beendigung des Streiks hatte sich notwendig gemacht, weil die Streikbrecher aus Friedrichroda ihr Versprechen, sich den Streikenden anzuschließen zu wollen, nicht hielten; wahrscheinlich waren sie von dem betreffenden Meister durch Bier bestochen worden, wie er sie auch durch Bier zu Streikbrechern gemacht hat. Andererseits war aber auch nur wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden, so daß selbst bei einem günstigen Ausgang des Streiks nicht alle Kollegen hätten in Arbeit gebracht werden können. Den Erfolg hat der Streik aber doch gehabt, daß der Lohn durchschnittlich um 2 bis 3 1/2 gestiegen ist; auch wird an den Sonntagen eine Stunde früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug.

Die Kollegen in Torgelow haben schon einen kleinen Sieg zu verzeichnen. Der Unternehmer Nambow, der einem Bauvertrage des Vorstandes gegenüber erklärte, als dieser den Versuch einer friedlichen Lösung der Differenzen machte, er wolle lieber sein ganzes Vermögen opfern, als den Gesellen ihre Forderung bewilligen, ist jetzt zu der Ansicht gekommen, daß es doch besser ist, einen Vergleich einzugehen; er hat die Forderungen bewilligt und rettet dadurch sein ganzes Vermögen. Im Streik verbleiben nur noch 10 Kollegen.

In Gelnitz hat ein Unternehmer die Forderungen der Gesellen bewilligt. Die Situation ist günstig, so daß zu erwarten ist, die übrigen Unternehmer werden bald ein Gleiches thun. Zwar bemühen sie sich, Stallener heranzuziehen, aber nach den trübten Erfahrungen, die unsere ausländischen Kollegen schon mit den Unternehmern gemacht haben, dürfte dieses Bemühen auch noch nicht so leicht von Erfolg sein. Ein günstiges Zeichen für den Streik ist, daß die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung drohen.

Den Kollegen in Speyer ist es in diesem Frühjahr gelungen, ihre im Jahre 1897 erhobenen Forderungen, für die sie beinahe mehrere Wochen vergeblich streikten, bei allen Meistern, mit Ausnahme von zweien, zur Durchführung zu bringen. Der Unternehmer Meißner, der die Forderungen nicht bewilligte, erklärte, er würde sich lieber selber alle zehn Finger abhacken, bevor er den Gesellen Löhnerbänne mache. Er würde seine beiden Wäuter die Keller sind bereits überflutet, es ist aber noch kein Dach darauf), mit Spitze abdecken, hundert Karren Kohlenfladen darüber fahren lassen, seine Pferde verkaufen und dann sein Geschäft schließen. Die Kollegen verhängten über dieses Geschäft die Sperre, sie wollen doch einmal sehen, ob sieß seine stärksterliche Drohung mit dem Fingerabhacken wahr macht.

Zu einer am 30. April in Bergen (Niederrhein) einberufenen Versammlung der Streikenden waren auch die Innungsmeister schriftlich eingeladen, aber nur einer, W a l l m a n n, war erschienen. Dieser erbot sich, 30 1/2 pro Stunde für Arbeiten am Orte und 36 1/2 für Arbeiten auf dem Lande zu zahlen. Nach langen und heftigen Auseinandersetzungen und nachdem die Versammlung das Angebot des Meisters abgelehnt, sich vielmehr für einen Lohn von 81 resp. 87 1/2 entschieden hatte, sagte Wallmann zu, die Forderung, soweit sie die Arbeiten auf dem Lande betrefte, bewilligen zu wollen, nur für Arbeiten in Bergen selbst könne er nicht mehr als 30 1/2 zahlen. Die Versammlung nahm denn auch schließlich dieses Angebot an. Daß der Unternehmer noch billiger davon gekommen ist, als er anfangs glaubt hat, beweist wohl am besten die Tatsache, daß er, sobald er den Vertrag unterschrieben hatte, eine Viertel Sonne Bier auslegen ließ. Die süchtigen Kollegen, die unter allerlei falschen Vorwänden nach Bergen gelockt waren, verschwinden Einer nach dem Anderen spurlos; von 60 Zugereisten sind nur noch 20 anwesend.

In Straßburg sind die Kollegen am Montag, 8. Mai, in den Streik eingetreten zur Erringung der zehnjährigen Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn, sowie einiger anderer Forderungen, die sich auf die Bezahlung der Lebensstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit beziehen. Der Versuch einer friedlichen Vereinbarung, der von den Gesellen zu wiederholten Malen gemacht wurde, scheiterte an dem Starrsinn der Unternehmer. Sie begründeten ihre ablehnende Haltung mit der billigen Ausrede, daß sie nicht konkurrenzfähig bleiben würden, wenn sie die Forderungen der Gesellen bewilligten.

Der Streik in Blankenburg dauert unverändert fort. Vier Wochen währt er nun schon, und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Schon seien es vergangene Woche, als ob er ein schnelles und gutes Ende nehmen würde, denn von einzelnen Unternehmern wurde versucht, durch allerlei Manipulationen um die festgesetzte Höhe des Lohn-Sichtensfeldes herum herum zu kommen. Die Unternehmer haben nämlich, um in ihren Widerstand einermäßigen Halt hineinzubringen, sich bei Zahlung einer Konventionalfraße von 1000 verpfändet, die Forderungen der Maurer nicht zu bewilligen. Wohlweislich ist beschlossen, daß nur ein einstimmiger Beschluß diesen Schritt rückgängig machen kann. So haben sich die kleineren Unternehmer eine Mühe für ihren Hintern gebunden, die sie schwer zu fühlen bekommen, und die großer Unternehmer, die Schönfeld und Konforten, laden sich gar herzlich in's Fährdenn über die Stimpel, die einflüchtig in's Garn gegangen sind. Jetzt sehen sie es ein und wären gern von dieser Fessel erlöst, und darum kommen sie jetzt und machen Vorschläge über Vorschläge. Wie dem soll der Vater, da die Frau, bei dem Dritten der Schwiegervater die Strohperson sein, die ihnen aus diesem Dilemma hilft. Aber hier gibt es kein Passiren und Kompromißeln, hier heißt es: Vogel friß oder stirb, und werden diesfalls einige Unternehmern-erzürnen weniger, nun so soll das das Letzte sein, was uns schmerzt. Es gibt noch genug davon. Am 7. Mai hielten die Streikenden im Vereins Kasino, die Unternehmer in Thewes Sozial ihre Versammlung ab. Aus diesem Anlaß fand wieder einmal ein Notenvwechsel statt. Die Gesellenversammlung lehnte das Anerbieten der Firma Wed & Lamprecht ab. Hier hatte sich der Vater des Lamprecht erboten, einen zehnpromzentigen Lohnzuschlag zu zahlen, wenn die Arbeit diese Woche wieder aufgenommen würde. Ebenso hatte

er die Einführung der achtstündigen Lohnzahlung für nächstes Frühjahr in Aussicht gestellt. Dies befriedigte die Streikenden nicht. Sie gingen an die äußerste Grenze des Möglichen und zogen sämtliche Forderungen zurück, verlangten nur für jeden Gesellen einen Zuschlag von 4 1/2 pro Stunde. Dies wurde der Meistervereinbarung fund geben und ihre Antwort eingezogen. In ihrem Antwortschreiben versprachen sie zehnpromzentige Lohnhöhung vom 1. Juni ab. Lieber die anderen Fragen wollten sie alsdann im nächsten Frühjahr mit dem Gesellen-ausschuß verhandeln. Dies machten sie abhängig von der Bedingung, daß spätestens Dienstag Morgen die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen würde. Dies Anerbieten erfuhr die einstimmige Ablehnung der Gesellenversammlung. In ihrem Antwortschreiben erklärte sie, daß dieses Entgegenkommen nicht weitgehend genug wäre, um eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen abzugeben. Aus diesem Grunde saßen sich die Gesellen leider gezwungen, auf alle alten Forderungen zurückzugehen, und den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten. Es haben sich noch einige Gesellen dem Streik angeschlossen.

In dem Streik in Lützen ist bisher eine Versetzung zu Gunsten der Streikenden nicht eingetreten. Die Unternehmer geben sich der Hoffnung hin, daß die Gesellen bald zu Kreuze kriechen, aber damit werden sie kein Glück haben. Die Arbeit mehr sich noch täglich und die Bauherren fangen an, ungeduldig zu werden. In diesem Monat soll nur auch noch der Bau des neuen Amtsgerichts in Angriff genommen werden, der auf eine Million Markschöne und 100 Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk veranschlagt ist. Es heißt also zu erwarten, wollen die Unternehmer überhaupt in dieser Saison noch ein Geschäft machen, daß der Streik bald ein für die Gesellen günstiges Ende nimmt.

Die Unternehmer in Cöthen haben unterm 7. Mai im „Cöthener Tagesblatt“ folgenden Mas veröffentlicht:

An unsere die der Arbeit verbleibenden Gesellen! Infolge des jeden Rechtes und jeder Achtung entbehrenden Beschusses einer Anzahl streikender Gesellen beziehentlich der ferneren Beschäftigung arbeitswilliger Gesellen erklären wir: daß uns in Zukunft ein jetzt nicht auswärtiger Geselle sehr viel mehr wert ist als ein auswärtiger. Jeden Versuch eines jetzt auswärtigen, einen Arbeitswilligen jetzt oder später, wäre es auch nur durch die geringste Messerung, an der Arbeit zu verhindern, oder sonst zu belästigen, bringen wir unumwunden bei der Herzogl. Staatsanwaltschaft zur Anzeige. Wir versprechen ausdrücklich jedem bei uns jetzt weiter, arbeitenden Gesellen die weitgehendste Berücksichtigung in jeder Weise, insbesondere aber, daß wir dieselben jederzeit zunächst bei allen Arbeiten bevorzugen werden.

Fr. Wänge. C. Braelorus. Fr. Naumann. K. Schmidt. C. Wittig. F. Silbermann. A. Naumann. C. Goetze. Silberbrant.

Nunmehr werden die Streikenden wohl in hellen Scharen zu ihren alten Arbeitsplätzen zurückkehren, oder auch nicht. Uebrigens sind wir der Meinung, daß die Drohung der Unternehmer mit der „unwachtigsten Anzeige bei der Herzogl. Staatsanwaltschaft“ ebenso überflüssig ist wie die ganze Bekanntmachung überhaupt, die ihnen doch immerhin, da sie im Justizrathe erschienen ist, so circa 1/20 gestohlet haben dürfte. Bewirkt haben die Herren durch ihre Halsstarrigkeit gerade das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollten. Die bisher in Arbeit verbleibenden Kollegen, auch die Partierer, haben sich nämlich den Streikenden angeschlossen. Die Bemühungen eines Stadtraths, einen Ausgleich herbeizuführen, scheiterten an der Hochbeinigkeit der Unternehmer.

Der Stand des Streiks in Weissenfels ist günstig. Ueberläufer sind drei zu verzeichnen. Am Dienstag kamen neun Stallener an, welche unter polizeilichem Schutze in die Quartiere gebracht wurden. Drei Mann konnten bisher zur Arbeit bezogen werden, während die übrigen sagten, daß sie, wenn ihnen am Sonnabend ein Stundenlohn von 42-45 1/2 nicht gezahlt würde, die Arbeit einstellen würden. Die Unternehmer suchen mit berechneten Kräften der bei vier Mann sind immer unterwegs) Arbeitskräfte heranzuziehen. Auch haben sie einen Partier nach Glesien in seine Heimat beordert. Der Geist ist ein guter. Abgereist sind 76.

Der Zugang nach Wurzen war auch in der letzten Woche ein recht großer. Es kamen zugereist 129 Ausländer (Italiener und Böhmen) und 9 Zuhänder, darunter auch 7 Verbandsmitglieder. Daß diese Kollegen sich noch nach Streikorten hinausgeben, ist erstlich zu rügen und kann mit Nichts entschuldigt werden. Von den Zugereisten haben 24 die Arbeit aufgenommen, und zwar am Bau der Artillerie-Kaserne, wollest Einstimmigkeit nicht eingestellt werden sollen. Wozu denn auch, es genügt doch, daß diese die Steuern ausbringen, die zum Bau von Kasernen notwendig sind.

Aus Weissenfels wird uns berichtet: Der Streik dauert unverändert fort; leider hat sich eine Anzahl hiesiger Maurer durch Drohungen der Meister einschüchtern lassen und die Arbeit wieder aufgenommen. Dies ändert jedoch an der Sache wenig, die Gesamtanlage ist nach wie vor für die Streikenden günstig. Die Unternehmer machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um Streikbrecher anzuwerben. So hat der Obermeister Gröschel wiederholt an einen Maurerpartier in Sobotin geschrieben, er solle doch sofort mit 20 Maurern nach Weissen kommen, jedoch vergebens. Unternehmer Just, sucht 40 Maurer in Balthem; er bot dem Partier Reich 60 1/2 pro Stunde, den Maurern 35 1/2. Unter davon kam hierher, er wurde unterrichtet und dampfte sofort wieder ab. Ebenso wurden italienischen Kolonnenführer starkem Zugeliste, sie sollten mit 20 oder 30 Mann nach Weissen kommen. Die Karren wurden uns zugestellt, Maurer kamen nicht, nur ein Duzend, welches sie bezahlet aufgefunden haben, hat die Arbeit aufgenommen. Eine hier arbeitende Kolonne böhmischer Maurer; 22 Mann, wird Sonnabends die Arbeit niederlegen und sofort abhampfen. Das „Weissen Tagesblatt“ läßt fort, die Streikenden zu beschimpfen, ja, es schämt sich nicht, seine Freunde über einen eventuellen Mißerfolg des Streiks auszubringen. In den drei Stunden haben 26 böhmische und 10 italienische Maurer die Arbeit aufgenommen. Es fehlen aber noch über 200 Maurer, ehe die Streikenden erlegt sind.

Im den Streik in Schöningen zum Abschluß zu bringen, hatte der Bürgermeister die Vermittlerrolle übernommen, jedoch hatten seine Bemühungen keinen Erfolg. Die Meister haben die zehnjährige Arbeitszeit bewilligt, jedoch wollen sie nicht einen Mindestlohn von 38 1/2, sondern einen Höchstlohn von 32 1/2 pro Stunde zahlen; der Zuschlag von 5 1/2 bei Lebensstunden wurde auch nicht bewilligt. Ferner wollen die Meister die drei Kilometer entfernt liegenden Dörfer mit zum Stadtbezirk gerechnet haben, und den Weg von über drei Kilometern

mit Anrechnung von einer Stunde vergüten, während die Forderungen der Streikenden sind: Anrechnung eine halbe Stunde für den Weg nach obengenannten Dörfern, eine Stunde für acht Kilometer Bestreife und für mehr als acht Kilometer Vergütung nach Uebererfüllung. Zur Feststellung wasserreicher Baubuden mit Aborten haben sich die Meister verpflichtet, auch wollen sie bei mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde zu machender achtstündiger Sonntagsarbeit den Lohn für zehn Stunden voll auszahlen und an den Tagen vor den drei hohen Feiertagen eine Stunde eher Feierabend geben, ohne Lohnabzug. Die Streikenden beschloßen, zufolge theilweiser Ablehnung der Forderungen, den Streik fortzusetzen und Ueberstunden, wenn der Zuschlag von 5 1/2 nicht bewilligt wird, nicht mehr zu machen. — Die Maurerarbeiten des Rathhauses bei Behndorf sind jetzt einem Unternehmer übertragen worden, welcher die früheren Arbeiter wieder einstellt und 35 1/2 bewilligte. Auch stellte der Unternehmer in Aussicht, in nächster Zeit noch 40 Arbeiter anzustellen. Auch die Juckeraffinerie stellt will, wenn bis Sonnabend kein definitives Resultat des Helmstedter Streiks vorliegt, ihre Maurerarbeiten einem Unternehmer übertragen.

In Stendal wird es ebenfalls in der nächsten Woche zu einem Ausstand kommen. Die Gesellen haben zwar alles Mögliche versucht, um mit den Unternehmern eine Vereinbarung herbeizuführen, aber bisher war ihr Bemühen vergebens. In einer gemeinschaftlichen Sitzung am 5. Mai ließen sie ihre ursprüngliche Forderung: Einführung eines Minimalstundenlohnes, fallen und forderten dafür einen Stundenlohn von 32 bis 35 1/2. Die Meister wollen aber nur von 30 bis 35 1/2 zahlen. Gleichwohl war eine Einigung herbeizuführen über die Abschaffung der Akkorarbeit, Zahlung eines Zuschlages bei Putzarbeiten und über die Verkürzung der Arbeitszeit an den drei hohen Feiertagen vorausgehenden Arbeitstagen um eine Stunde, ohne Lohnabzug. Welcher Geist unter den Unternehmern vorhanden ist, beweist am besten die Tatsache, daß zwei Kollegen, die an der gemeinschaftlichen Sitzung theilgenommen hatten, angeklagt von dem Bauherren entlassen wurden, mit der Begründung, er könne solche Leute nicht gebrauchen, die nicht beständig bei der Arbeit blieben. Obgleich der Unternehmer Zemie erklärte, die Entlassenen an einem anderen Bau weiter beschäftigen zu wollen, erklärten sich die übrigen am Bau arbeitenden Kollegen mit den Gemahregelten vollständig und legten gleichfalls die Arbeit nieder.

In Warschau streiken nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureau seit dem 2. Mai 4000 Maurer. Am 3. Mai kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Ausständigen und der Gendarmerie, wobei neun Arbeiter verletzt wurden. Der Bürgermeister erließ einen Aufsehl, der die Ausständigen zur Ruhe mahnt.

Stuttakturen.

Die Sperte ist verhängt über die Firma Bauckh & Häuser in Breslau. Inzug ist weiter fern zu halten von Münster i. W., Dresden, Leipzig und Berlin.

Die Stuttakturen in Berlin, beschloßen in einer am 4. d. M. abgehaltenen Versammlung, an die Unternehmer die Forderung um Einführung der Lohnarbeit zu stellen und überall, wo die Forderung nicht anerkannt wird, am Montag, den 8. Mai, die Arbeit nieder zu legen.

Ueber die Zirkelbewegung im englischen Baugewerbe

wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Im Baugewerbe sieht es noch sehr trügerisch aus. Die Stuttakturen machen nicht die geringste Miene nachzugeben, und ein Versuch der Baununternehmer, die Organisationen der anderen Verufe des Gewerbes zu demonstrieren Preisgabe der Sache der Stuttakturen zu veranlassen, ist vollständig mißglückt. Vor Allen ist deshalb mißglückt, weil es die Meister mit einem solchen Beschluß verhandeln haben, eine ursprüngliche günstige Sachlage sich selbst zu verderben. Es steht außer Zweifel, daß zu Anfang nicht nur das große Publikum, sondern auch ein erheblicher Theil der Gewerkschaftswelt gegen die Stuttakturen Partei nahm. Diese Stimmung schlug um, als die Meister vom Stuttakturenbund verlangten, er solle ihnen Kautions für Entlassung der stützlichen Friedensbedingungen stellen. Jetzt haben sie die Sache noch verschlimmert, indem sie von den anderen Baugewerkschaftsorganisationen, unter Anführung von Arbeitsperrre, bindende Erklärung verlangten, daß sie die Stuttakturen nicht unterstützen werden. Damit kommen sie diesen besser als je stehenden Verbänden gerade recht. Kein einziger hat die verlangte Erklärung abgegeben, und so stehen die Meister vor der Alternative, entweder sein bezügelnd oder eine allgemeine Arbeitsperrre zu versuchen. Mit dem letzteren würden sie sich natürlich ziemlich leicht machen, und doch wäre es immer noch das Äußerste, was sie thun könnten. Denn bei der jetzigen Lage des Baugewerbes ist an Durchführung einer allgemeinen Arbeitsperrre doch nicht zu denken. Eine große Anzahl von Baufirmen ist gerichtet im Verband, und diese Firmen haben Bauen fertig zu stellen, die keinen längeren Aufschub erleiden. Die Baugewerkschaften stehen aber finanziell besser, als je. Die Gewerkschaft der Zimmerer und Dachdecker hatte bei Abschluß des abgelaufenen Jahres 66 684 Mitglieder in 744 Zweigvereinen, und ein Baarvermögen von 11 8 500 000. Wenn da vielleicht 10 000 oder 15 000 Mitglieder ausgesperrt werden, so kann es lange dauern, bis ihre Mittel erschöpft sind. Und wie sich bei den Stuttakturen zeigt, ist diese Prognose für die Macht des Meisterverbandes noch sehr hoch gegriffen. Die Gewerkschaft hat kaum den sechsten Theil ihrer Mitglieder auf der Liste der Ausgesperrten.

In London haben die Meister einige Hundert ausländische Arbeiter, meist Italiener, als Streikbrecher importirt. Italienische Sozialisten haben darauf sofort eine Agitation in's Werk gesetzt, die Betreffenden zum Abzug zu bewegen. Auch wenn das nicht überall gelingen sollte, wird durch diesen Import die Sache der Meister kaum verbessert werden. Es ist mehr eine Demonstration oder Herausforderung, als ein ernsthaftes Mittel, die Gewerkschaft zum Nachgeben zu bewegen. Aber bei alledem zeigen sie, wie überhaupt die geschübten Vorgänge, wie bitter wenigstens bei einem Theil der Streikenden die Stimmung bereits ist. Der Verband der Baununternehmer bietet alles Mögliche auf, die außerhalb seiner Organisation stehenden Meistervereine des Baugewerbes zum Eintritt zu bewegen.

20 Maurer am hiesigen Orte gefeiert haben. Kollege Kellermann bemerkt hierzu, daß die „Geheer Nachrichten“ in einem Artikel schreiben, daß diejenigen, welche die diesjährige Meister durch Arbeitserbisse gefeiert hätten, meistens die Gelegenheitsarbeiter gewesen seien, und die Arbeitgeber, welche ihre Gesellen resp. Gehilfen haben feiern lassen, seien sozialdemokratisch gesonnen. Hierzu sei zu bemerken, daß von den circa 150 Mann, welche feierten, nur zwei bis drei Gelegenheitsarbeiter waren. Nachdem noch beschlossen worden war, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu berufen, um die Mißstände im Lehrlingswesen, welche hier sehr um sich greifen, einmal klar zu legen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Zahlstelle Köln a. Rh. hielt am 25. April ihre Generalversammlung ab, in welcher Kollege Schulze Bericht erstattete über die Verhandlungen des fünften Verbandstages. Weiter legte alle gefassten Beschlüsse klar und forderte die Kollegen auf, für deren Durchführung ganz energisch einzutreten zum Wohle der ganzen Maurerschaft. Die Kollegen, im Rheinland hätten alle Urteile, für die Erhaltung des Verbandes zu wirken, damit auch die hier herrschenden Mißstände beseitigt würden. Gerade hier werde in der leistungsmäßigsten Weise mit Leben und Gesundheit der Arbeiter umgegangen, denn es hängen sich Unglücksfälle auf Unglücksfälle. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Sodann berichtete Kollege Brandt über einen Wagnisfall bei dem Unternehmer Heimlich. Ein einem Bau dieses Unternehmers führte ein Handlanger vom Veltgang, in die Tiefe und wurde sofort todt. Den Todten patte man in eine Erde und machte sich dann in aller Eile daran, Alles schuldigt abzugeben. Wenn nur die Gleichgültigkeit unter den Kollegen nicht gar zu groß wäre und wenn sie sich bestreuten, die Versammlungen besser zu besuchen, dann wäre es leicht möglich, diese schrecklichen Mißstände zu beseitigen. Namentlich wurde vom Kollegen Fellig die Abrechnung vom letzten Quartal vorgelesen, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Der Kassierer wurde daraufhin entlastet. Kollege Bindewies hierauf noch auf die Bedeutung der Meister hin und ersuchte die Kollegen, überall dort die Arbeit ruhen zu lassen, wo dies ohne Gefährdung der Arbeiterinteressen möglich sei. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Nach Erledigung einiger interner Fragen und Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

In Wetzlar fand am 27. April im Gasthof „Zu den drei Bergen“ eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt. Die Beschlüsse waren so stark, daß das Lokal vollständig gefüllt war und ein sehr großer Teil der Erteilenden sich mit Sitzplätzen begnügen mußte. Punkt 8 Uhr wurde die Versammlung mit Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnet und nach erfolgter Bureauwahl erhielt der sich gegenwärtig auf einer Agitationsreise befindende Kollege Georg Ehne aus Kassel das Wort zu einem Vortrage über „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen“. Weiter zog einen Vergleich zwischen beiden Organisationen, wobei die Organisationen der Arbeitgeber sichtlich weglamen. Den Unternehmerverbänden machte er zum Vorwurf, daß sie in der Hauptsache gegründet seien gegen die Arbeitnehmer resp. gegen etwaige Forderungen derselben, und daß sie im Verfolg ihrer Ziele die Ausmerzung der Arbeiterorganisationen anstrebten, in theilweise brutale und terroristische Weise. Im Gegensatz hierzu verfolgten nach der Darstellung des Redners die Organisationen der Arbeitnehmer einen humanen, edlen, volkswirtschaftlichen Zweck. Sie seien nicht gegründet zum Zwecke des Kampfes gegen die Unternehmer, sondern bezwecken eine wirtschaftliche, sittliche, geistige Förderung der Arbeiter. Zu diesen kulturellen, idealen Zielen gehören naturgemäß eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Befreiung sonstiger im Augeverbe vorbestehender Mißstände. Daß zur Erreichung dieser Ziele den Arbeitern oft nur das Mittel des Streiks zur Verfügung bleibe, sei bedauerlich, aber daraus könne man nicht schließen, daß die Arbeiterorganisationen nur zu Streikzwecken gegründet seien. Weiter begründete dann eingehend die Notwendigkeit der von den Arbeitern erstrebten Ziele und wies besonders auf die im Baugewerbe vorhandenen Mißstände hin, namentlich auf das moderne Bauprekaritätssystem und auf den Wucher auf Grund und Boden, ferner auf das Untertanentum bei Submissionen. Hier wäre für die Unternehmerverbände ein Feld der Thätigkeit und hier zeige es sich auch, daß sehr wohl bessere Löhne gewählt werden könnten. Bezüglich der letzteren sei zu konstatieren, daß in den 70er und 80er Jahren die Arbeitslöhne höher waren, als jetzt. Das damals Ertrugene ging aber infolge der mangelhaften Organisation der Arbeiter in den späteren Jahren wieder verloren. Es sei doch unerträglich, daß heute in einer angenehmen Großstadt wie Wetzlar noch um einen Stundenlohn von 35 S. gekämpft werden müsse. Nachdem der Referent noch das Strafen- und Lohnwesen und das Unterhaltungsweisen durch die Bauberufs-gesellschaften kritisch beleuchtet hatte, schloß er seine einleitenden Ausführungen mit einem dringenden Appell an die Arbeiter, sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen. Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte eine im Sinne der Ausführungen gefasste Resolution einstimmig an. Welchem nun folgenden Punkt „Beschließens“ wurde Mitteilung gemacht über die in Verfolg der am 17. März gefassten Beschlüsse unternommenen Schritte. In jener Versammlung war bekanntlich beschlossen worden, an die hiesigen Unternehmer mit verschiedenen Forderungen heranzutreten. Mit der Durchführung dieser Beschlüsse war eine in dieser Versammlung gebildete Lokalkommission beauftragt worden und an diese sollte die Antwort der Meister bis zum 1. April d. S. ergehen. Dieser Termin verstrich aber ohne Antwort und als sich darauf zwei Mitglieder der Lokalkommission persönlich zum Obermeister, Herrn Paul, begaben, wurde ihnen eröffnet, daß die Arbeiter selbst Schuld trügen, wenn sie keine Antwort erstellten, weil auf ihr Verreiben der seinerzeit gebildete Gesellenausschuß sich aufgelöst habe; mit einer nur auf Zeit gebildeten Lokalkommission aber könne die Arbeitgeberchaft nicht verhandelt werden. Uebrigens hätten die Arbeitgeber zu Anfang Mai eine Versammlung in Aussicht genommen und würden in derselben Stellung zu den Forderungen der Arbeiter nehmen. Man möge wieder einen Gesellenausschuß bilden und die Arbeitgeber würden die Forderungen der Arbeiter prüfen und dieselben, soweit sie berechtigt sind, annehmen. Dem Ersuchen der Meister, den Gesellenausschuß wieder ins Leben zu rufen, wurde von allen Rednern entgegen getreten und betont, es sei den Meistern, garnicht Ernst mit Bewilligung der Forderungen, sondern nur ein geflüchteter Schachzug, um Zeit zu gewinnen, bis die Positionen vorüber sei, dann hätten die Arbeiter das Nachsagen. Man möge die gebildete Lokalkommission beauftragt werden, sich zu bemühen, zum gün-

stigen Zeitpunkt die Forderungen erneut zu stellen. Widerspruch hiergegen wurde nicht erhoben. Des Weiteren wurde mitgeteilt, daß die vor acht Tagen hier vorgelegten Beschlüssen über Mißstände auf hiesigen Bauten die Polizeiverwaltung dieselben untersucht und zum Teil als berechtigt anerkannt habe; zugleich aber sei das Ersuchen gestellt worden, beratliche Mißstände in Zukunft nicht mehr in öffentlichen Versammlungen zu erörtern, sondern davon durch den Vertrauensmann der Polizeibehörde Kenntnis zu geben, diese werden dann für Mißstände sorgen. Das Schlußwort erhielt der Referent, Kollege Ehne. Derselbe gab u. A. seiner Freude Ausdruck, daß die hiesigen Bauarbeiter so besonnen vorgehen und sich durch erfolgte Abreglung zweier Mitglieder nicht haben beirren lassen, zu treffen. Man müsse sich in dieser Beziehung die Taktik der Unternehmer zu Nutzen machen, Forderungen zu dem gegebenen Zeitpunkt aufzustellen, wenn sie durchführbar sind. Im Weiteren wies er sich gegen das Ersuchen der Polizeibehörde, Mißstände auf Bauten nicht mehr in öffentlichen Versammlungen zur Sprache zu bringen. Einen solchen Eingriff in ihre Rechte dürften sich die Arbeiter nicht lassen. Die Festsetzung der Tagesordnung dürfe man nicht der Polizei überlassen. Mit einer nochmaligen Aufforderung, der Organisation beizutreten, schloß Redner seine Ausführungen. Um 10 Uhr, jedoch der Vorliegende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

In Würzburg fand am 30. April im Lokale „Zur Krone“ eine Mitglieder-Versammlung statt. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal vorgelesen hatte, berichtete Kollege Schulmeier über die am 16. April in Offenbach stattgehabte Kreisversammlung. Beschllossen wurde auf derselben, den Streifenbeitrag für alle Zahlstellen des Kreises auf 15 S. wöchentlich festzusetzen; außerdem sollten in jeder Zahlstelle 5 oder 10 S. geleistet werden für die Verbelegung des Grundsteins. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden, nur nicht mit der Erhebung der Ertragsteuer für die Unterziffer; die Entscheidung darüber sollte auch weiterhin aus der Lokalstelle erteilt werden. Vom Kollegen Geiß wurde dann nach der Wunsch ausgesprochen, daß die Tagesordnung der künftigen Konferenz vorher den Zahlstellen zur Verabreichung unterbreitet werde, um zu verhindern, daß Beschlüsse gefaßt werden, die von den Zahlstellen nicht gehalten werden können. Am den Versammlungsbuch zu fördern, wurde beschlossen, die Beitragsmarken jeden Monat in der Versammlung abbestellen zu lassen.

Am 21. April tagte in Mannheim a. d. S. eine öffentliche Maurerverammlung. Kollege Karl Voigt-Gommern referierte über das Thema: „Werb und Nutzen einer Organisation und die Aufgabe der modernen Gewerkschaften“. Referent wies zuerst auf die kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften hin, damit die Kollegen wüßten, wie sie sich zu verhalten haben. In einem Flugblatt dieser Gewerkschaft wird den Kollegen für ihren geringen Beitrag Alles verprochen, nur keine Verklärung der Arbeitszeit und keine Verbesserung der Lohnverhältnisse, auch keine Abschaffung der vielen Mißstände, wie solche noch hier am Orte sich befinden. Sodann berichtete Kollege Voigt auf die Wagnisbühnen Kollegen, die durch ihre stammige Organisation ihren Lohn von 25 auf 40 S. brachten. Ihr letzter Kampf war ein Kampf nicht um die Lohn-, sondern um die Machtfrage, wieweil wurde er von den Unternehmern dazu gemacht. Es ist nun aber den Unternehmern nicht gelungen, die Gesellenorganisation zu zerstören, sondern sie hilft noch wie vor. Kollege Voigt tadelt sodann die Interdisziplinäre vieler Kollegen. Dagegen sei wissen, daß ihnen von der kapitalistischen Gesellschaft nichts Gutes bevorsteht, gleich es immer noch wieder, die der Organisation fernhalten. Es wurde auch hier wieder darauf aufmerksam gemacht, die Versammlungen besser zu besuchen, denn nur durch eine sehr starke Organisation sei es möglich, den Unternehmern ein Verbot zu erteilen. Den Referenten lohnte sehr vieler Beifall für seinen fast zweistündigen Vortrag.

In Offenbach fand am Donnerstag, den 20. April, im Saale „Zum Storch“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege Merkel aus Nürnberg über: „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen“ referierte. Es war dies die erste Versammlung, zu der die Maurer Offenbachs und Umgegend zahlreich erschienen waren und dadurch zeigte, daß sie gewillt sind, ihre so schlechte Lage verbessern zu wollen. Bis 8 1/2 Uhr war der Saal dicht besetzt, die später kommenden mußten umkehren. Kollege Merkel hielt einen 1 1/2 Stunden dauernden, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, worin er den Anwesenden Zweck und Ziel der Unternehmerverbände erklärte. Das Ertrug derselben sei größtenteils darauf gerichtet, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören. Diesem mißten sich aber die Arbeiter mit aller Macht entgegenzusetzen, wollen sie nicht wieder gänzlich unter die Wohnhaftigkeit des Unternehmertums zurückkommen. Es sei deshalb Pflicht eines jeden Maurers, sich seiner Organisation, dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anzuschließen und dies um so mehr, weil ja auch für Offenbach eine Lohnbewegung geplant sei und diese streng durchzuführen, sei ohne eine gute Organisation garnicht denkbar. Mit einigen Hinweisen darauf, wie sich die Kollegen während ihrer Lohnbewegung zu verhalten haben, schloß Redner seine interessanten Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, die sich im Sinne des Referenten aussprachen. Sodann wurde beschlossen, das Bau-Vertrauensmänner-System einzuführen, nachdem Kollege Bot aus Frankfurt den Zweck desselben erläutert und erklärt hatte, welche Arbeit die Bau-Vertrauensleute zu verrichten haben. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde dann die Versammlung geschlossen.

Die Zahlstelle Dransburg hielt am 30. April eine Versammlung ab. Kollege Wundersee aus Berlin, der als Referent erschienen war, informierte die Kollegen über das Vorgehen bei Lohnforderungen und das Verhalten bei Streiks. Sodann erfolgte die Wahl einer Lokalkommission, in welche die Kollegen Jünger II, Schmidt, Winkel, Subrier und Muckenbender gewählt wurden. Die an die Meister zu richtende Forderung wurde auf 40 S. pro Stunde festgesetzt. Bezüglich des Streifenbeitrages wurde beschlossen, allwöchentlich 15 S. zu zahlen. Nachdem nunmehr noch in „Beschließens“ einige innere Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Rheinfelt ist es unseren Kollegen nur noch endlich gelungen, eine Zahlstelle zu gründen; trotzdem die Unternehmer und die Behörden alles Mögliche getan hatten, dieses zu verhindern. Eine Versammlung, welche am 28. April stattfanden

sollte, wurde aufgelöst. Den Wirthen wurde verboten, ihre Lokale herzugeben usw. Ein Wirth (Verr Greig) war aber doch so vernünftig, sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung zu stellen, und so fand am Sonntag, den 30. April, eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher der Kollege Kugler aus der Zahlstelle der zahlreichen Erteilenden den Zweck und die Wichtigkeit der Organisation klar und gemeinverständlich auseinandersetzte. Nach dem Vortrage ließ sich eine Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Zahlstelle zählt bereits 30 Mitglieder. Welche Angst man in Rheinfelt vor der Organisation der Maurer hat, geht aus Folgendem hervor: Dem Wirth, der sein Lokal zu dieser Versammlung hergegeben hatte, ging am 30. April folgendes anonyme Schreiben zu: „Grüße Dich, die Maurerverammlung, welche heute Nachmittag in Deinem Lokale stattfinden soll, zu verbiten. Wenn dieselbe stattfindet, behältst Du keine Fensterhebe am ganzen Hause ganz. Dein Emil.“ Die Maurerverammlung hat stattgefunden und ist in bester Ordnung verlaufen. Auch die Fensterheben sind bis jetzt noch ganz. Man vermuthet, daß der oder diejenige, welche diesen Drohbrief geschrieben haben, unter den sogenannten „Kirchlichen“ Maurern zu suchen sind. Dem diese versuchen in letzter Zeit bei jeder Gelegenheit mit den Kollegen, welche sich bemühen, eine Organisation zu gründen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, Streitigkeiten anzuzetteln. In die Versammlung zu kommen und die Ausführungen des Referenten zu überlegen, dazu sind diese „Kirchlichen“ zu feige; auch besitzen dieselben hierzu die nöthige Bildung noch nicht, denn: sonst würden sie ihre Mühe nicht an todtten Gegenständen, Fensterheben, auslassen.

Am 2. Mai fand in Solingen im Lokale des Herrn Ern eine öffentliche Maurerverammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorliegende mit, daß unter Referent, Kollege Eckstein, nicht mehr amende sei, er habe, weil er auf dem Bahnhofs nicht von einem Empfangscomité abgeholt wurde, den Staub nicht von dem dortigen Gehsteig und um den Wägen geleitet, obgleich er bereit war dem Statist finden der Versammlung in Kenntnis gesetzt worden war. Die Versammlung verurtheilte auf das Entschiedenste das Benehmen des Kollegen Eckstein und beauftragte den Vorliegenden, an zuständiger Stelle Beschwerde über sein Verhalten zu führen. Als dann führte Kollege Eckstein in kurzen Zügen den Besonderen die Maurerbewegung vor Augen, vom Jahre 1864 ab beginnend. Er wies in seinen Ausführungen hauptsächlich darauf hin, daß nur durch ein festes Zusammenhalten, verbunden mit finanziellen Opfern, es möglich ist, etwas zu erringen. Nachdem unter „Beschließens“ nochmals das Verhalten Eckstein's kritisiert worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Am Freitag, den 28. April, tagte im Lokale des Herrn Suder in Steffin eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: „Mittel der Angelegenheit, betreffend den Barlier Freig“. Der Sachverhalt ist folgender: Im vergangenen Jahre war Freig Barlier beim Maurermeister Kretow und es wurde damals der Kollege Filenius vom Barlier Freig aus der Arbeit entlassen. Nach dem Grund bracht, gab er an, der Kollege wäre ihm nicht leistungsfähig genug. Es wurde aber von den anderen Kollegen konstatirt, daß Kollege Filenius sehr Material hatte, folglich wurde auch nicht arbeiten konnte. Die Kollegen legten sich schließlich die Arbeit nieder und verlangten, daß der entlassene Kollege wieder eingestellt werde, was der Barlier Freig natürlich ablehnte und dabei noch Behauptungen beiseigender Natur fallen ließ. Da sich der Meister nun auch auf Seiten des Barliers Freig stellt, wurde über dessen Bau die Sperre verhängt und der Beschluß gefaßt, daß unter dem Barlier Freig kein Maurer von Steffin und Umgegend mehr arbeiten soll. Das Ende war, daß der Meister Kretow den Barlier entließ und sämtliche Maurer nahmen die Arbeit wieder auf. Nun hat sich der Maurermeister Deutsch an den Barlier Freig gewandt und es wurde ihm der Barlier Freig geschickt. Laut Beschluß vom vorigen Jahre legte nun ein Kollege die Arbeit nieder; dies war nun der Grund zu folgendem Schreiben der Herren Arbeitgeber:

Die Lokalkommission der Maurer Steffins und Umgegend.

In der Maurerpartei Freig'schen Angelegenheit eruchen wir Sie, heute Abend 8 Uhr mit noch einem Kommissionsmitgliede in unserer Geschäftsstelle, „Grüne Schanze“, zu erscheinen; falls Sie nicht erscheinen sollten, müssen wir annehmen, daß die Lokalkommission mit dem Vorgehen der Gesellschaft dem Maurermeister Herrn Deutsch gegenüber, betreffend die Verweigerung der Arbeit unter Leitung des Barlier Freig, einverstanden ist und werden wir alsdann unsere Maßnahmen treffen.

Der Vorstand des Arbeitsnachweises für Maurer und Zimmerer in Steffin und Umgegend.

C. Sandmann, Schriftführer.

Dieses der Sachverhalt, wie er der Versammlung unterbreitet wurde. Kollege Blath trat dafür ein, daß der Beschluß hochgehalten werde. Kollege Filenius, der von Freig gemahrgelte Kollege, war für Aufhebung des Beschlusses, man solle es noch einmal mit dem Barlier Freig versuchen. Aber genannter Herr kennt den Steffiner Maurern schon überliefert zu haben; denn der Vorhang des Kollegen Filenius fand keine Berücksichtigung. Kollege B. W. H. meint, es sei dies nur eine Probebestellung seitens der Arbeitgeber, er stimme dafür, den Beschluß hochzuhalten. Auch Kollege Keller ist dafür, den Beschluß hochzuhalten. Kollege C. Matze: Würden wir den Beschluß aufheben, so würden die Herren Barliere die Nase noch höher tragen; von der Seite wie Freig haben wir noch mehr. Mögen die Herren Arbeitgeber Maßnahmen treffen, wie sie wollen. Kollege Kitzow e. g. wollte, daß Freig erscheinen sollte in der Versammlung, aber genannter Herr ist doch lieber arbeitslos, als daß er sich herbeiläßt, den Gesellen zu bitten, den Beschluß anzuhängen. Nach längerer Diskussion, an welcher sich die Kollegen Zahl, Keller, Matze, Waite beteiligten und für den im vorigen Jahre gefassten Beschluß eintraten, wurde einstimmig beschlossen: Der Beschluß vom vergangenen Jahre, daß unter Leitung des Barliers Freig kein Kollege von Steffin und Umgegend arbeiten darf, bleibt bestehen. Nicht die Arbeitgeber sollen hierdurch getroffen werden, sondern nur der Herr Freig. Betreffs der Meister ermahnt Kollege Filenius, den Beschluß vom Verbandstage zu akzeptieren, wonach der 1. Mai hat geleitet wird, so es ohne materiellen Schaden der Arbeiter geschah kann. Es wurde auch dementsprechend beschlossen.

In Striegau fand am 18. April eine Versammlung statt, die erste seit langer Zeit, welche gut besucht war. Kollege

Anders-Rieglitz, der als Referent erschienen war, entlegte sich in klarer, verständlicher Weise seiner Aufgabe, die darin bestand, über die Verhandlungen des Kongresses und Verbandstages zu berichten. Daffur wurde demselben der Dank der Versammlung durch Erheben von den Plätzen abgeleitet. Sodann erfolgte die Neuwahl der Verwaltung. Punkt 3: Vorstandswahl. Es wurden gewählt die Kollegen S ä d e r als erster Bevollmächtigter und K l e i n als Kassierer. Aufgenommen wurden drei neue Mitglieder. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, noch jetzt ab die Beiträge bei der Verteilung des „Grundstein“ einzufassen. Dieses hat Kollege D ö s n e r übernommen. Dabei werden die Säumnigen an ihre Pflicht erinnert. Nun ein Schlusswort an all die Säumnigen und Zaghaften: Warum ist der Verband resp. die Zahlstelle gegründet worden? Darum, daß wir uns hinter den Ofen setzen und schlafen? Das können wir im Winter, wo keine Arbeit ist, nebenbei machen. Zuerst ist die Hauptfrage reden und werden; die Fernstehenden aufrufen über das, was wir wollen! Wir sind nur Aeneide, werden aber Viele, wenn ein Jeder seine Pflicht thut.

In einer am 22. April in Wölflitz stattgehabten öffentlichen Maurer-Versammlung referierte Kollege L e u b e aus Götha in vortrefflicher Weise über den Bauarbeiterstreik-Kongress und über den fünften Verbandstag. Der Vortrag wurde von den Kollegen beifällig aufgenommen. Zum Schluß ermahnte Redner die Kollegen, sich dem Verbands anzuschließen und für die Organisation zu wirken. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen.

In der am 26. April stattgehabten Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Woltershausen wurde zunächst vom Kassierer die Abrechnung vorgelesen und für richtig befunden. Betreffs der obligatorischen Einführung des Streifens entspann sich eine längere Debatte, und waren die meisten Kollegen der Ansicht, es so zu lassen, wie wir es im vorigen Jahre gehabt haben, wobei wir ein gutes Resultat erzielen. Es wurde demgemäß ein Antrag angenommen, daß es sich ein jedes Mitglied zur Pflicht zu machen hat, insbesondere ein Streifenmarkte für 20 resp. 30 A zu entrichten. Weiter wurde beschlossen, noch jetzt ab nur alle vier Wochen die Mitglieder-Versammlung abzuhalten, und zwar jeden ersten Mittwoch nach dem 16. Von einem Kollegen wurde noch vorgebracht, daß auf einem Parteimittinger des Unterwesers R e i n e r s nicht nach dem Tarif gearbeitet wird. Es wurden hierauf zwei Kollegen gewählt, welche sich mit der Lohnkommission in Bremen in Verbindung zu setzen haben, um die Sache zu regeln, wobei falls die Sperre verhängt werden wird.

Stuttareure.

Bredlau. Am Dienstag, den 2. d. M., tagte im Vereinslokal, Großgasse 10, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung, welche außerordentlich gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege A n d e r s e l die Abrechnung vom ersten Quartal. Aus derselben ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahme betrug M. 103,40, die Ausgabe M. 21,60, an die Hauptkasse wurden abgeführt M. 49,85, das Fällbarvermögen beträgt M. 44,77, die Zahl der Mitglieder 55. Die Mithelligkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Dehage ertheilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung, die vom Hauptvorstand in Vorschlag gebrachte und zu erhebende Extraflexion von M. 1, wurde durch einstimmige Annahme erledigt. Unter „Verschiedenes“ wurden einige Mißstände zur Sprache gebracht. Unter Anderem wurde konstatiert, daß bei der Firma Augustini Nachf. trotz Anerkennung des Tarifs 11 Stunden gearbeitet wird. Die Kollegen von der Firma Verbraden, noch mehr Mißsprache in der Angelegenheit zu nehmen. Mit der Ermahnung an die Kollegen, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen und genau den neuen Tarif einzufassen, schloß der stellvertretende Vorsitzende, Kollege P o n t o w s k i, die Versammlung.

Chemnitz. Eine recht gut besuchte öffentliche Versammlung tagte am Sonnabend, den 29. April, bei Warlt. Der Bericht der Lohnkommission konstatierte, daß von drei hiesigen Firmen, darunter die beiden bedeutendsten, Spieß und Müller, der neue Tarif bereits anerkannt ist. An der Diskussions-Vorstellung sich mehrere Kollegen und man einigte sich darüber, auf Dienstag, den 2. Mai, wieder eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um alsdann denjenigen Firmen gegenüber Stellung zu nehmen, welche bis dahin ihre Unterwürfsung zum Tarif noch nicht gegeben haben. Als die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen wurde, wurde die Stimmung unter den Kollegen eine bessere, als zu Beginn derselben. Die Kollegen Deutschlands werden erucht, den Zugang nach hier vor der Hand möglichst zu vermeiden. In verschiedenen Geschäften geht übrigens die Arbeit noch langsam und die Kollegen, welche hier schon gearbeitet haben, werden wissen, wie man hier zu kämpfen hat, um den Tarif hoch zu halten. Also Kollegen, helft uns, den halben Sieg zu einem ganzen zu machen.

Darunstadt. In der am 25. April stattgehabten Mitglieder-Versammlung erfolgte zunächst die Rechnungslegung für das erste Quartal. Vereinnahmt wurden für die Hauptkasse an Eintrittsgeldern und Beiträgen M. 86,80. Abgegeben an die Hauptkasse wurden M. 25,08, die sonstigen Ausgaben betragen 84 A. Die Fälligkeit hatte am Anfang des Quartals einen Bestand von M. 24,70, dazu eine Einnahme von M. 10,88. Abgegeben wurden M. 15,19, so daß am Schluß des Quartals ein Restbestand von M. 20,39 verbleibt. Gegen die Abrechnung wurden Einwendungen nicht gemacht. Bezüglich der Sammlungen zur Streikunterstützung wurde beschlossen, vom 1. Mai bis 1. Oktober 10 A wöchentlich zu zahlen. Sodann wurde die Lohnkommission beauftragt, bei dem Unternehmer K l e i n vorstellig zu werden, damit er die Auszahlung des Lohnes in der Zeit von 6 Uhr vormittags. Auch wurden die Kollegen ermahnt, den seit dem 1. April bestehenden Lohn- und Arbeitszeittarif genau inne zu halten. Betreffs der vom Vorstande ausgeschriebenen Extraflexion von M. 1 wurde beschlossen, dieselbe in zwei Raten zu erheben. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt Wölflitz 5, wofolbst auch der „Grundstein“ abgeholt werden kann. Für unser Stiftungsfest am Himmelfahrtstage ist ein Ausflug nach Oberstadt oder Weiterstadt geplant. Die Versammlungen finden nach wie vor alle 14 Tage statt, die nächste am 23. Mai. Organisiert sind 85 von 60-80 an Orte beschaffigten Kollegen, 26 davon waren in der Versammlung.

Dresden. Die Stuttareure hielten am 5. Mai eine Versammlung ab. Es stand der Tarif zur Beratung, welchen die Dresdener Meister ausgearbeitet hatten. In eine Spezialdebatte wurde nicht eingetreten, da dieser Tarif überhaupt nicht an-

nehmbar ist. Die Lohnkommission wurde beauftragt, noch einmal eine Unterhandlung mit den Meistern zu versuchen und wenn dieselbe fruchtlos bleibt, weitere Schritte zu unternehmen. Wir bitten deshalb die Kollegen Deutschlands, uns zu unterstützen, indem sie von Dresden fernbleiben. In „Gewerkschaftliches“ wurde bemängelt, daß das Adressenverzeichnis der Zahlstellen Deutschlands, welches vom Hauptvorstand gedruckt an die Zahlstellen verschickt wurde, für Dresden grundlos und für Leipzig nicht viel besser ist. Aus diesem Grunde wurde der Vorschlag einstimmig gutgeheißen, und den sich der Hauptvorstand notiren möchte: im Mai und November jedes Jahres ein Adressenverzeichnis in Blattform herstellen zu lassen, damit dasselbe in den Zahlstellen ausgehängt werde. Wir bitten die Kollegen nochmals dringend, Dresden vorläufig zu meiden.

Frankfurt a. M. Wie bereits in Nr. 18 des „Grundstein“ berichtet, hat der Vorstand der hiesigen Stuttareure am 26. April sein Ende gefunden. Nach zwei und einer halben Woche haben die Kollegen durch ihr mutiges Ausstehen den starren Sinn der Unternehmer gebrochen. In der abstoßendsten Weise behandelten sie uns und drohten mit ihren „unumstößlichen Beschüssen“. Aber unsere Einigkeit hat ihre Beschüsse doch zu nichts gemacht. Die Herren wollten im Range auf keinen Minimallohn eingehen, und mit dem Maximallohn, den sie festgesetzt hatten, nicht in die Höhe. Kollegen unter 20 Jahren konnten sie ausbeuten nach Belieben, es bestand kein Minimallohn; Alles in Allem: Es bestand kein geregelter Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dies ist jetzt anders geworden. Wenn die Kollegen treu an ihrer Organisation festhalten und sie finanziell stärken, dann werden auch an dem jetzt Ertrungenen bei günstiger Konjunktur Verbesserungen vorgekommen werden können. Eine günstige Konjunktur steht uns bevor, deshalb ist es von Neuem Pflicht eines jeden Kollegen, unsere Organisation zu stärken, die Mittel, aufzusammlen wie die Wiener, damit wir die Machprobe des Kapitals auch bestehen können. So mancher Kollege, der den Kampf um Verbesserung seiner Lage so leicht nahm, er ist eines Anderen befehrt worden. Keine Organisation, sie mag mit noch so wenig „Arbeitswilligen“ zu rechnen haben, kann ohne Mittel in eine Lohnbewegung eintreten. Das mögen sich die Kollegen in Frankfurt so Herzen nehmen und ebenfalls alle Kollegen des Verbandes.

Hannover. In der am Sonnabend, den 29. April, stattgehabten öffentlichen Stuttareure-Versammlung hielt Kollege S i t t e n f e l d aus Hamburg einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Intelligenz der Arbeit. Redner führte etwa aus: Die Konkurrenz sei es in erster Linie, welche die Intelligenz der Arbeit bewirkt; so ist es nicht nur in unserer Branche, so finden wir es überall. Die Konkurrenz wird ermöglicht eineswegs durch Einführung der Maschine, andererseits durch die Theilarbeit, letztere trifft bei uns besonders zu. Man findet es überall, daß Stuttareure in Gießer, Formner, Aufseher usw. gestellt werden. Die Theilarbeit bedingt eine viel billigere Herstellung der Waaren, das heißt, der Theilarbeiter ist im Stande, ein bedeutend größeres Quantum herzustellen; es steigt also beim Theilarbeiter die Arbeitsleistung, müßig fällt der Werth derselben, das ist es, was die Unternehmer auszunutzen wissen. Gensö ist es mit der Stfkorarbeit, welche wohl für den Unternehmer großen Profit abwirft, während der Arbeiter gelächelt wird; er wird inuie, er vernachlässigt sein geistiges Denken, er beschäftigt sich schließlich nur noch mit seiner Arbeit, wie er möglichst viel Geld herauszuschlagen kann. Durch alle diese Liebesdienste ist es klar, daß unser Beruf in seiner Stellung immer mehr sinkt. Und nicht die Prinzipale sind es, welche für eine Hebung derselben eintreten, sondern wir selbst sind berufen, unser Handwerk wieder in Aufsehen zu bringen. Aufgabe der Organisation ist es, die Liebesdienste zu beenden, darum hinein in die Organisation! Auch die Klassenhölle sind zu bekämpfen, sie verhindern die Solidarität unter den Kollegen. In der Diskussion sprachen die Kollegen sich in demselben Sinne aus. Ueber die Stufarbeit von Bauernmann in Detmold wurden Einzelheiten berichtet, so daß denselben gerade nichts Schmeichelhaftes nachgesagt wurde. Bezüglich des Lehrlingswesens sollen bei der Firma B e u s s e l f in Magdeburg uferable Zustände sein. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Antwort der Prinzipale über die Einforderung der Untergrößen des am 15. Mai ablaufenden Lohntarifs wurde berichtet, daß dieselben erst in einer Meister-Versammlung darüber beraten wollten, und uns dann das Ergebnis sofort zustellen werden. Dies wird von der Versammlung beifällig; in nächster Zeit soll dann eine öffentliche Versammlung einberufen werden, die sich mit der Antwort der Meister zu beschäftigen hat.

Mannheim. Am 23. April fand im Lokale „Möller Bude“ unsere regelmäßige Generalversammlung statt, welche leider nur von 18 Mann besucht war. Zunächst verlas der Kassierer den Kassierenbericht vom ersten Quartal. Derselbe wurde von den Revisoren und Vorstand für richtig befunden. Im zweiten Punkt: „Wahl eines zweiten Vorsitzenden“, wurde Kollege G a n s B ä c h e r mit zwölf Stimmen gewählt. Im nächsten Punkt der Tagesordnung erstattete der Delegierte K r ä b i e r seinen Bericht vom Gewerkschaftstare. Im Punkt „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafte Debatte bezw. des Streifens; sämmtliche Kollegen erklärten, nicht gewillt zu sein, der Beitrag dafür zu bezahlen, sie glauben, daß dadurch unsere Organisation sich vernünftiger.

Zwickau. Den Kollegen Deutschlands gegenüber fühlen wir uns verpflichtet, die eventuelle Nothlage mitzutheilen, daß auch die hiesigen Stuttareure sich der Organisation angeschlossen haben. In einer Vorrede zum Schluß des vorigen Quartals würde der Beschluß zum Verbandsbeitritt gefaßt und meldeten sich auch soviel 17 Kollegen zu demselben an. Die Kollegen hatten auch schon Gelegenheit, mit dem Ofen eine kleine Auseinandersetzung zu haben bezw. Regelung der Kündigungsverhältnisse. Die Herren G r e f s (es handelt sich um das für Zwickau maßgebende Geschäft von W e s e & M a n n e Nachf., K ö n i g & M ü l l e r) beabsichtigen nämlich, die Kündigung anzugehen, womit sich natürlich die Kollegen aus familiären Gründen nicht einverstanden erklären konnten. Die Forderung des Arbeitsvertrages wurde dem aus von genannter Firma zurückgegeben. Betreffs der Regelung der Arbeitszeit soll mit den Herren Prinzpalen später Rücksprache genommen werden. Die Kollegen haben sich auch bereit erklärt, dafür Sorge zu tragen, daß die Kollegen in den umliegenden Distrikten, soweit sie der Organisation noch nicht angehören, zu derselben herangezogen werden. Wünschen wir der neuen Zahlstelle ein glückliches Gelingen.

Krankentasse.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 28. April, hielt die hiesige Filiale der Zentral-Krankentasse der Maurer, „Grundstein zur Einheit“, ihre Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Genosse M i l l a r g einen lehrreichen Vortrag hielt über „Unfallversicherungsgesetz und die Arbeiter“. Redner entsetzte reichen Beifall. Alsdann verlas der Kassierer B e r n s e e die Abrechnung vom ersten Quartal. Derselbe lautet wie folgt: Einnahmen: Barer Bestand am Schluß des vorigen Quartals M. 682,44, von der Hauptkasse erhalten M. 600, Eintrittsgelder M. 80, Beiträge der ersten Klasse M. 2172, Beiträge der zweiten Klasse M. 817,50, Extraflexion 30 A, vom Verzeverband zurück M. 2, Einnahme nach § 7 Abs. 3 des Statuts M. 22,20, für Mitglieder M. 8, Straf-gelder M. 6, Summa M. 4185,44. Ausgaben: Für dringliche Behandlung M. 886,85, für Kranz und sonstige Geldmittel M. 818, Krankengelder der ersten Klasse M. 1401,25, Krankengelder der zweiten Klasse M. 585, Verpflegungskosten an Krankenanstalten M. 108, an die Hauptkasse gezahlt M. 800, Verwaltungsausgaben, a) persönliche M. 162,55, b) sachliche M. 20,53, Summa M. 8709,68. Demnach Restbestand am Schluß des ersten Quartals M. 425,76. Da die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bescheinigten, wurde dem Kassierer Dehage ertheilt. Der Kollege G e l t wurde wegen Sammeligkeit seines Amtes als erster Revisor entbunden, und der Kollege D a w a l als dritter Revisor gewählt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 22. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt leben wir hervor: Müller und Bolger. — Der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Johannes Zimm. — Das Urtheil eines hiesigen Theologen über den Militarismus. Von F. Karst. — Ein Wort zu Solgen's neuer Form. Von Max Bruns. — Beiträge zur Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland. Von Max Schöppel. IV. — Die Berg- und Hüttenarbeiterbewegung in Rußland-Polen. Von Leon Bloch. — Revue der Revuen. — Feuilleton: Erinnerungen eines Schindlerzigers. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

Blattow. W. An die Redaktion des „Grundstein“ ist von dort in letzter Zeit ein Bericht nicht eingegangen. Wenn Sie übrigens der Meinung sind, daß wir Zeit genug hätten, Berichte umzuarbeiten, so sind Sie im Irrthum. Umgekehrt wird eher ein Schuß daraus.

Belgern. R. Wenn die dringliche Verwaltung den Beschluß des letzten Verbandstages zur Ausführung bringt, der dahin geht, daß mit der „Grundstein“-Verbreitung auch zugleich die Beiträge eingezogen werden, dann sind beratige Aufforderungen überflüssig. Wir nehmen die Annonce nicht an, schon deswegen nicht, um kein schlechtes Beispiel zu geben.

Hamburg. S. Es kann ja immerhin möglich sein, daß an dem Waiseitzung mehr als 12000 Personen theilnehmen, aber Ihre Schätzung ist entschieden zu hoch; 80-40000 sind es jedenfalls nicht gewesen. Das ist nicht nur unsere Ansicht, sondern auch die anderer Genossen, die ebenfalls die Zahl einer Volksmenge zu schätzen wissen.

Münsterberg. Stuttareure. Eine beratige Mahnung nehmen wir nicht an. Sie können dies ja auch viel billiger haben. Senden Sie doch dem Verfasser die Mahnung brieflich zu.

Münster. Stuttareure. Sie haben also den Bericht über die am 16. April stattgehabte Versammlung glänzend nach drei Wochen fertig gestellt. Und nun verlangen Sie von uns, daß wir ihn noch kurz vor Monatschluß aufnehmen. Sie haben wahrlich Recht, so etwas kann nur den Stuttareuren in Münster passieren.

Hierlohn. Stuttareure. Anonyme Einwendungen bleiben unberücksichtigt.

Hannover. R. (Stuttareure). Durechen Sie doch die Zeiten nicht gar zu eng zusammen. Ihr Manuscript ist ja das reine Augengut.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Stk Hamburg. B e k a n n t m a c h u n g.

Die Beitragsrechnung, welche der Verbandstag in Berlin beschlossen hat, tritt mit dem 1. Juni in Kraft. Es sind demnach vom 1. Juni an in Orten, wo der Stundenlohn bis zu 35 A beträgt, 20 A Wochenbeitrag, und in Orten, wo der Stundenlohn über 35 A beträgt, 25 A Wochenbeitrag zu zahlen. Die neuen Beitragsmarken versenden wir nach dem 15. d. M. ohne vorherige Bestellung. Die alten Beitragsmarken müssen, so bald alle rückständigen Beiträge gezahlt sind, zurückgeschickt werden. Um Irrthümer zu vermeiden, bemerken wir ausdrücklich, daß nach eingetretener Beitragsrechnung die S t r i k t i o n s s a m m l u n g e n fortgesetzt werden müssen. (Siehe § 4 des Statuts.)

Die Beitragseinsammlung, in Verbindung mit der Verbreitung des „Grundstein“, soll laut Beschluß des Verbandstages, in allen Zahlstellen eingeführt werden. Diejenigen Zahlstellen, welche diese Einrichtung noch nicht getroffen haben, eruchen wir, sofort dazu Stellung zu nehmen, und erwarten, daß bis spätestens am 1. Juli die Beitragseinsammlung allgemein eingeführt ist.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages gelangt erst in der Pfingstwoche, zusammen mit dem Protokoll über die Verhandlungen des Bauarbeiterkongresses, zur Veröffentlichung. Die Veröffentlichung verzögert sich deshalb, weil beide Protokolle zusammengeheftet werden müssen. Viele Zahlstellen haben bis jetzt Bestellungen auf Protokolle noch nicht gemacht. Wir bitten, das Verjamme möglichst sofort nachzuholen.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle ...

Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen.

Es werden nur diejenigen als ausgeschlossen im Grundstein ...

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen ...

Als verloren

gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen S. Carlsen ...

Der Vorstand.

S. A.: S. Efflinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 2. bis 8. Mai sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Berlin IV M. 144,84, ...

Streifkassens.

Leipzig M. 3000, Berlin IV 11,55, ...

Für gelieferte Flugblätter.

Müchtersleben M. 3,80, Oberhausen 4,20. Summa M. 8.

F. Hüster.

Hamburg-St. Georg, Neue Bremerstr. 16, 1. Et.

Zentral-Krankentasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure ...

In der Woche vom 30. April bis 6. Mai sind folgende ...

Altona, den 6. Mai 1899.

Karl Reisk, Hauptkassier, Friedrichsbadstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Annoncen-Aannahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Unterzeichnete Zahlstelle, wünscht sofort Auskunft über den ...

Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle Hechtshelm bei Mainz.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichte alle Todesfälle der ...)

Cöpenick. Am Weltfeiertag des Proletariats, den 1. Mai, ...

Aufforderung.

Die Kollegen Wilh. Holzgreve aus Bremen und Wilh. Martens ...

F. Zimmermann, Düsseldorf, Erbkathstr. 10.

Alle Mitglieder, die den Ausfall des Kollegen Ernst ...

Abbitte.

Die den Brieger Kollegen während des Streiks im Jahre 1897 ...

Joseph Christ, Bielea.

Zur Beachtung für reisende Kollegen!

In der Elberfeld befindet sich die Zentralherberge bei Adolf Keul, ...

Zahlstelle Norden.

Statt um 5 Uhr beginnen die Mitgliederversammlungen ...

Zahlstelle Pritzerbe.

Dienstag, 23. Mai, im Saale des Herrn Stimming: ...

Zahlstelle Friedland i. M.

Sonabend, den 13. Mai: Erstes Stiftungsfest.

Zahlstelle Altenburg und Umg.

Sonntag, 14. Mai, im „Waldschützenhaus“: Erstes Stiftungsfest.

Guten Verdienst

sichern sich tüchtige Herren, welche mit e. neuen patentirten ...

J. Blume & Co., Hamburg.



Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-lebenden und Manchester ...

J. Blume & Co., Hamburg.

Kollegen Deutschlands! ...

Weltberühmte Hamburger Spezialartikel

für Maurer und Zimmerer. Beste Arbeitsgarderoben, Prima ...

Quittungsmarken und Kautschukstempel liefert seit 20 Jahren für tausende ...

Fractionsbild der sozialdem. Partei 1898.

Quittungsmarken, Lokalfondsmarken, Streifkassensmarken, ...

Fachschriften u. Lehrbücher für Handwerker u. Gewerbetreibende.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Reuthstr. 2.

In unserem Verlage ist soeben eine neue Broschüre zur ...

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Eine ...

Arbeitsmarkt

6 bis 8 Maurergesellen für dauernde Arbeit auf sofort ...

6 bis 8 tüchtige Maurer sofort gesucht von F. Stubi, ...

Veranstaltungs-Anzeiger

Verbandsversammlungen der Maurer. Die Versammlung findet nicht am Sonntag vor dem ...

Berlin III. Abends 8 Uhr im Botele Lindenstr. 106. ...

Mühlhausen (Thür.). Abends 8 1/2 Uhr bei Eisenhardt. ...

Zielentz. Nachm. 4 Uhr bei Wille. ...

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.